

***Horst, Patrick: Die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft vom 23. Februar 2020: SPD-Bürgermeister Peter Tschentscher behauptet sich gegen Grünen-Herausforderin Katharina Fegebank und setzt rot-grüne Koalition fort.***

Die Ausgangslage vor der Bürgerschaftswahl war für die regierende rot-grüne Koalition günstig. Die Hamburger erwarteten ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD-Bürgermeister *Peter Tschentscher* und seiner grünen Herausforderin *Katharina Fegebank*, die leidenschaftlich für Klima- und Mobilitätswende eintrat. Der Zweikampf der rot-grünen Spitzenpolitiker in Hamburg brachte die Opposition zum Verschwinden. Je intensiver die Themen im Wahlkampf diskutiert wurden, desto stärker konnte sich der Bürgermeister als Garant „städtischer Grundfunktionen“ von seiner Herausforderin absetzen. Am Wahlabend fühlte sich die SPD mit einem Ergebnis von 39,2 Prozent und 15 Punkten Vorsprung auf die Grünen als Sieger. Vizekanzler *Olaf Scholz*, *Tschentschers* Vorgänger im Amt des Hamburger Bürgermeisters, brachte sich wieder als Kanzlerkandidat der SPD ins Spiel. Wirklicher Sieger der Wahl waren jedoch die Grünen, die ihren Stimmenanteil gegenüber 2015 verdoppelten und das zweitbeste Ergebnis bei einer Landtagswahl in Deutschland erzielten. Der Endspurt der SPD im Wahlkampf und der Einigungsdruck durch die Mitte März einsetzende Coronakrise führten dennoch dazu, dass sich die SPD in den Koalitionsverhandlungen gegenüber den Grünen weitgehend durchsetzen konnte. [ZParl, 51. Jg. (2020), H. 3, S. ]

***Horst, Patrick: The election of the Hamburg state parliament on 23 February 2020: SPD Mayor Peter Tschentscher stands his ground against Green challenger Katharina Fegebank and continues the red-green coalition.***

The starting position before the elections to the Hamburg parliament was favorable for the governing red-green coalition. The people of Hamburg expected an exciting neck-and-neck race between SPD Mayor *Peter Tschentscher* and his Green challenger *Katharina Fegebank*, who passionately advocated for a turnaround in climate and mobility policies. The duel of the Red-Green top politicians in Hamburg caused the opposition to disappear. The more intensively the issues were discussed during the election campaign, the more the mayor was able to distance himself from his challenger as a guarantor of “basic city functions”. On election evening, the SPD felt that it had won with a score of 39.2 percent and a 15-point lead over the Greens. Vice-Chancellor *Olaf Scholz*, *Tschentscher*’s predecessor in the office of Hamburg’s mayor, re-emerged as the SPD’s candidate for chancellor. However, the real winner of the election was the Greens, who doubled their share of the vote compared to 2015 and achieved the second-best result in a state election in Germany. Nevertheless, the SPD’s final spurt in the election campaign and the pressure to reach an agreement due to the coronavirus crisis that began in mid-March meant that the SPD was largely able to prevail over the Greens in the coalition negotiations. [ZParl, vol. 51 (2020), no. 3, pp. ]

**Die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft vom 23. Februar 2020:  
SPD-Bürgermeister *Peter Tschentscher* behauptet sich gegen Grünen-Herausforderin  
*Katharina Fegebank* und setzt rot-grüne Koalition fort**

*Patrick Horst*

Nach einem intensiven Wahljahr 2019 mit Wahlen zum Europäischen Parlament und vier Landtagswahlen stand 2020 allein die Hamburger Bürgerschaftswahl auf dem Kalender. Obwohl in Hamburg die Uhren bekanntlich anders gehen als im Bund<sup>1</sup>, war der Wahl eine besondere Aufmerksamkeit in Berlin sicher. Bei der kommenden Bundestagswahl würde erstmals seit 1949 keine amtierende Bundeskanzlerin antreten, sofern *Angela Merkel* bei ihrer Zusicherung bliebe, nicht für eine fünfte Amtszeit zu kandidieren. Eine besondere Brisanz erhielt die Hamburg-Wahl durch die Turbulenzen der Regierungsbildung in Thüringen Anfang Februar, wo der FDP-Abgeordnete *Thomas Kemmerich* mit den Stimmen der CDU und der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt, anschließend aber von *Merkel* und FDP-Parteichef *Christian Lindner*, der sich heftiger innerparteilicher Kritik ausgesetzt sah, wieder zum Rücktritt gedrängt worden war. Der CDU-Vorsitzenden *Annegret Kramp-Karrenbauer* war es zuvor nicht gelungen, die Thüringer CDU von diesem Tabubruch abzuhalten; sie kündigte daraufhin ihren Rücktritt an. Das Rennen um den CDU-Parteivorsitz und die Kanzlerkandidatur war damit wieder offen: Am 18. Februar, fünf Tage vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg, erklärte der Bundestagsabgeordnete *Norbert Röttgen* seine Kandidatur für den Parteivorsitz. Ministerpräsident *Armin Laschet* und der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende *Friedrich Merz*, beide wie auch *Röttgen* aus Nordrhein-Westfalen, warteten die Hamburg-Wahl noch ab, bevor sie am 25. Februar ebenfalls ihre Bewerbung ankündigten.

Während die Situation der Union im Bund hochgradig volatil war, befand sich die SPD in der schwersten Krise ihrer Existenz. Nach der Niederlage der Partei bei der Europawahl hatte die erst ein Jahr amtierende Vorsitzende *Andrea Nahles* alle politischen Ämter niedergelegt. In einem langwierigen innerparteilichen Mitgliederentscheid wählte die SPD sich daraufhin eine neue Parteispitze: Hier setzten sich im Dezember 2019 die bundespolitisch zuvor kaum in Erscheinung getretenen *Saskia Eskens* (MdB Baden-Württemberg) und *Norbert Walter-Borjans* (Finanzminister Nordrhein-Westfalens 2010 bis 2017), die dem linken Parteiflügel

---

<sup>1</sup> Vgl. *Patrick Horst*, Das Parteiensystem Hamburgs, in: Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer (Hrsg.) Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 217 – 246.

zuzurechnen waren, gegen Vizekanzler *Olaf Scholz* und seine Co-Bewerberin *Klara Geywitz* durch. Die Grünen, die mit der Europawahl zur zweiten Kraft im zunehmend fragmentierten und polarisierten Parteiensystem aufgestiegen waren<sup>2</sup>, diskutierten zur selben Zeit die Frage, ob sie mit einem Kanzlerkandidaten in die Bundestagswahl ziehen sollten. Vier Tage vor der Wahl erschütterte dann ein rechtsterroristischer Anschlag in Hanau, bei dem neun Menschen mit Migrationshintergrund ermordet wurden, die Republik, die sich seit der Flüchtlingskrise 2015 politisch pluralisiert hatte und in der die AfD mittlerweile in allen Parlamenten auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene vertreten war.

### 1. Die Ausgangslage

In Hamburg regierte derweil die SPD im neunten Jahr. Der frühere Bürgermeister *Olaf Scholz*, der seine Partei 2011 nach dem Bruch der schwarz-grünen Koalition zur absoluten Mehrheit zurückführte<sup>3</sup>, hatte den Kurs vorgegeben: Ordentlich, solide und „gut“ wollten die Sozialdemokraten die Hansestadt regieren.<sup>4</sup> Nach Auffassung der Hamburgerinnen und Hamburger hatte *Scholz* Kurs gehalten, auch wenn sie ihm bei der Bürgerschaftswahl 2015 die Grünen als Koalitionspartner an die Seite stellten. Mit einem Wahlergebnis von 45,6 Prozent für die SPD und persönlichen Zustimmungswerten von 76 Prozent war dies jedoch kein Misstrauensvotum. Die Hamburger blieben mit der Politik ihres Senats zufrieden – auch nachdem *Scholz* im März 2018 Vizekanzler der Großen Koalition geworden und Finanzsenator *Peter Tschentscher* ins Bürgermeisteramt aufgerückt war. Das Scheitern der Olympiabewerbung zu Beginn der rot-grünen Koalition machten die Hamburger ihrer Regierung nicht zum Vorwurf. Schließlich waren sie in einem Bürgerschaftsreferendum gefragt worden und hatten sich mit ihrem „Nein“ gegen die übermächtig scheinende Koalition aus SPD, Grünen, CDU, FDP und Handelskammer durchgesetzt.<sup>5</sup> Den missglückten G-20-Gipfel vom Juli 2017, der nach exzessiven gewalttätigen Ausschreitungen fast zum Sturz von

---

<sup>2</sup> Vgl. *Oskar Niedermayer*, Von der „nationalen Nebenwahl“ zur „europäisierten Wahl“? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 26. Mai 2019, in: ZParl, 50. Jg. (2019), H. 4, S. 691 – 714; *ders.*, Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Zur Bedeutung kurzfristiger Faktoren im Jahrzehnt des europäischen Wandels, in: ZParl, 49. Jg. (2018), H. 2, S. 286 – 303.

<sup>3</sup> Vgl. *Patrick Horst*, Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 20. Februar 2011: Ehemalige „Hamburg-Partei“ erobert absolute Mehrheit zurück, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 4, S. 724 – 744.

<sup>4</sup> Vgl. *Patrick Horst*, Die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 15. Februar 2015: Rot-Grün für Olympia und für die Referendumsfestigkeit der hanseatischen Feierabenddemokratie, in: ZParl, 46. Jg. (2015), H. 3, S. 518 – 538.

<sup>5</sup> Vgl. *Michael Neumann*, Hamburg 2024 – Das gab es nur einmal! In: *Astrid Lorenz / Christian Pieter Hoffmann / Uwe Hitschfeld* (Hrsg.), Partizipation für alle und alles? Fallstricke, Grenzen, Möglichkeiten, Wiesbaden 2020, S. 25 – 41.

Bürgermeister *Scholz* geführt hatte, verziehen die Hamburger dem Senat auch deshalb, weil er dem neuen Bürgermeister *Tschentscher* nicht persönlich angelastet werden konnte.<sup>6</sup>

SPD und Grüne profitierten ferner von dem Wirtschaftsboom, der die Hansestadt nach Überwindung der Finanzkrise erfasst hatte. Das Versprechen, gut regieren zu wollen, ließ sich leichter in einem Umfeld wirtschaftlicher Prosperität als in Zeiten der Knappheit umsetzen. Seit dem Amtsantritt der SPD im Jahre 2011 war die Einwohnerzahl Hamburgs wie auch die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse um gut 100.000 Personen gewachsen – in Hamburg lebten wieder wie zu Beginn der 1960er Jahre über 1,8 Millionen Menschen.<sup>7</sup> Im selben Zeitraum wuchsen die Steuereinnahmen der Stadt um gut 60 Prozent auf 16,2 Milliarden Euro im Jahre 2019.<sup>8</sup> Das versetzte den Senat nicht nur in die Lage, die seit 2015 steigenden Kosten für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen zu bewältigen, sondern auch seine Wahlversprechen umzusetzen: Der öffentliche Personennahverkehr beförderte 2016 hundert Millionen Fahrgäste mehr als noch 2010, nämlich 770,5 Millionen. Für seine KITAS gab Hamburg 2017 822 Millionen Euro aus, mehr als doppelt so viel wie noch 2010. In der Schulpolitik passte Hamburg die Zahl der Lehrer automatisch an die steigende Zahl der Schüler an und baute das Ganztagsangebot der Grundschulen flächendeckend aus. Den Bau von Sozialwohnungen steigerte die Stadt auf etwa 3.000 im Jahr.<sup>9</sup>

Der Rechnungshof stellte dem Senat im Blick auf die 2020 vollständig in Kraft tretende Schuldenbremse ein befriedigendes, wenn nicht gar gutes Zeugnis aus. In seinem Monitoring standen im November 2019 sechs Ampeln auf Grün, sechs weitere auf Gelb, keine auf Rot. Positiv zu Buche schlugen auch hier die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die zu hohen Steuererträgen und aufgrund der niedrigen Zinsen zu einem kontrollierten Ausgabenwachstum geführt hatten. Bei der Rückführung der Nettokreditaufnahme lag Hamburg im Plan: 2014, 2016 und 2017 konnten aufgrund von Haushaltsüberschüssen faktisch sogar Schulden getilgt werden; 2018 kam es jedoch durch Milliardenzahlungen im Rahmen des Verkaufs der HSH Nordbank, eine Erblast aus christdemokratischer Regierungszeit, zu einer Nettoneuverschuldung von 1,1 Milliarden Euro. Risiken für die Zukunft sah der Rechnungshof

---

<sup>6</sup> Vgl. *Peter Ulrich Meyer*, Die glücklichsten Jahre des Politikers Olaf Scholz, in: Hamburger Abendblatt, 31. Dezember 2019, S. 12.

<sup>7</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbericht 2019/2020, Juli 2020, S. 3, <https://www.hamburg.de/contentblob/11504704/42d70037352f5677d152486a9c9dbbdf/data/finanzbericht-2019-2020.pdf> (Zugriff: 5. Juni 2020).

<sup>8</sup> Oliver Hollenstein, Coronavirus in Hamburg: Das Ende der goldenen Jahre, in: Die Zeit, 26. Mai 2020, <https://www.zeit.de/hamburg/2020-04/coronavirus-hamburg-finanzen-steuern/komplettansicht> (Zugriff: 5. Juni 2020).

<sup>9</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, a.a.O. (Fn. 7), S. 3 – 4.

in einem Investitionsstau bei Bau- und Infrastrukturprojekten, im nicht gelungenen Personalabbau der Verwaltung und in der Finanzierbarkeit geplanter Großprojekte.<sup>10</sup>

Die positive Ausgangslage für den rot-grünen Senat spiegelte sich in einer Meinungsumfrage vom Februar 2019 wider. 85 Prozent der Hamburger schätzten die wirtschaftliche Situation der Stadt positiv ein – ein ähnlich hoher Rekordwert wie im Januar 2015 (87 Prozent). Eine Mehrheit von 54 Prozent zeigte sich auch mit der Arbeit des Senats zufrieden. Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Fragen spielten demzufolge keine herausragende Rolle; am stärksten beschäftigten die Hamburger verkehrs- (38 Prozent), wohnungsmarkt- (32 Prozent) und bildungspolitische Fragen (26 Prozent). Das Thema der Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen hatte deutlich an Salienz verloren, es wurde nur von jedem siebten Hamburger als wichtiges Problem identifiziert. Umweltschutzfragen wurden von elf Prozent als bedeutendes Problem genannt. In der Kompetenzzumessung lag die SPD auf nahezu allen Politikfeldern vorne. Nur in der Verkehrspolitik konnten die Grünen gleichziehen, in der Umweltpolitik wurde ihnen wie in der Politik der inneren Sicherheit der CDU die höchste Kompetenz zugeschrieben.<sup>11</sup>

Bei der Europawahl und den parallel stattfindenden Bezirksversammlungswahlen am 26. Mai verschoben sich die Kräfte im Hamburger Parteiensystem deutlich – vor allem zwischen SPD und Grünen. In der Europawahl waren die Grünen mit 31,1 Prozent der Stimmen vor SPD (19,8 Prozent) und CDU (17,7 Prozent) zur stärksten Partei in Hamburg geworden. Für die Hamburger Landespolitik noch bedeutsamer waren die Bezirksversammlungswahlen, in denen die Grünen landesweit 31,3 Prozent der Stimmen und 111 von 357 Mandaten erzielten. In vier der sieben Hamburger Bezirke waren sie zudem stärkste Partei geworden.<sup>12</sup> Diese Wahlerfolge in praktische Kommunalpolitik umzusetzen war jedoch nicht immer leicht. Nur in Altona, wo die Grünen mit wechselnden Mehrheiten regierten, und in Hamburg-Nord, wo sie mit der SPD koalitierten, gelang der Partei die Wahl grüner Bezirksamtsleiter.<sup>13</sup> In Hamburg-Mitte

<sup>10</sup> Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg, Monitoring Schuldenbremse 2019, 1. November 2019, <https://www.hamburg.de/contentblob/13203874/489df5eecee0f4dd3e999cbe38d0f57e/data/beratendeeauss erung-2019-schuldenmonitor.pdf> (Zugriff: 5. Juni 2020).

<sup>11</sup> Infratest dimap, LänderTREND Hamburg Februar 2019 im Auftrag des NDR, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/hamburg/laendertrend/2019/februar/> (Zugriff: 5. Juni 2020).

<sup>12</sup> Vgl. Statistisches Amt für Schleswig-Holstein und Hamburg, Endgültiges Ergebnis der Europawahl 2019 im Vergleich zur Europawahl 2014 in Hamburg, [https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Europawahlen/2019/end/EU\\_e\\_2019-001Hamburg-insgesamt.pdf](https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Europawahlen/2019/end/EU_e_2019-001Hamburg-insgesamt.pdf) (Zugriff: 6. Juni 2020); dasselbe, Analyse der Wahlen zu den Bezirksversammlungen in Hamburg am 26. Mai 2019 – Endgültige Ergebnisse. Teil 1: Bezirksergebnisse, Mandatsverteilung, Aggregiertes Ergebnis für Hamburg, [https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bezirksversammlungswahlen/2019/Analyse/Wahlanalyse\\_2\\_019\\_Teil\\_1\\_ENDG%C3%9CLTIG.pdf](https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bezirksversammlungswahlen/2019/Analyse/Wahlanalyse_2_019_Teil_1_ENDG%C3%9CLTIG.pdf) (Zugriff: 6. Juni 2020).

<sup>13</sup> Vgl. *Andreas Dey / Peter Ulrich Meyer*, Hamburgs erste grüne Bezirksamtsleiterin, in: Hamburger Abendblatt, 27. September 2019, S. 11.

wechselten sechs Bezirksabgeordnete der Grünen zur SPD und ermöglichten es einer Koalition aus SPD, CDU und FDP, Bezirksamtsleiter *Falko Droßmann* (SPD) im Amt zu halten.<sup>14</sup> In Eimsbüttel scheiterte eine Koalition der Grünen und der CDU gleich zweimal damit, SPD-Bezirksamtsleiter *Kay Gätgens* durch eine Politikerin der Grünen zu ersetzen.<sup>15</sup> Dies war kein gutes Omen für eine schwarz-grüne Koalition auf Landesebene, zumal sich hier einige Abgeordnete der CDU dem liberalen Kurs ihres Bürgermeisterkandidaten widersetzten.

Ende Dezember 2019, kurz bevor der Wahlkampf im neuen Jahr in seine entscheidende Phase eintrat, zeichnete sich für den Bürgerschaftswahlkampf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Koalitionspartnern ab. In der Sonntagsfrage hatten die Grünen mit 26 Prozent – eine Mischung aus bundes- und landespolitischen Faktoren – fast zur SPD aufgeschlossen, die auf 28 Prozent kam. Während das Regierungslager 54 Prozent der Hamburger hinter sich wusste, kamen die vier Oppositionsparteien CDU (17), Linke (11), AfD (7) und FDP (6) zusammen auf nur 41 Prozent. Da Wissenschaftssenatorin *Katharina Fegebank* sich Ende September offensiv dazu bekannt hatte, das Amt der Ersten Bürgermeisterin anzustreben, waren die Voraussetzungen für einen personalisierten Bürgermeisterwahlkampf dennoch gegeben.<sup>16</sup> Bei den persönlichen Popularitätswerten hatte der Erste Bürgermeister im Dezember deutlich die Nase vorn: 56 Prozent waren mit *Tschentschers* Arbeit zufrieden, 39 Prozent mit der seiner Stellvertreterin. Schwer würde es für die Opposition werden, sich in diesem Zweikampf zur Geltung zu bringen. CDU-Spitzenkandidat *Marcus Weinberg* lag mit Zufriedenheitswerten von 22 Prozent noch hinter der Linken-Fraktionschefin *Cansu Özdemir*, deren Arbeit 35 Prozent positiv bewerteten.<sup>17</sup>

## 2. Der Wahlkampf

Nach den Sommerferien 2019 nahmen die Planungen der Parteien für ihre Bürgerschaftswahlkampagnen an Fahrt auf. Mit der Auswahl ihrer Werbeagenturen wollten SPD, Grüne und CDU Siegeszuversicht projizieren. Die SPD ging mit *Frank Stauss*, der schon

<sup>14</sup> Vgl. *Frank Drieschner*, Im Zweifel gegen die Angeklagten, in: Die Zeit, 25. Juli 2019, <https://www.zeit.de/2019/31/die-gruenen-parteiausschluss-hamburg-islamismus-vorwurf-noetigung> (Zugriff: 13. Juni 2020), *ders.*, Grüne in Hamburg-Mitte kommen Parteiausschluss zuvor, in: Die Zeit, 1. Oktober 2019, <https://www.zeit.de/hamburg/2019-10/die-gruenen-streit-bezirk-hamburg-mitte> (Zugriff: 13. Juni 2020).

<sup>15</sup> Vgl. *Andreas Dey*, Grünen-Debakel und die Folgen für Hamburg, in: Hamburger Abendblatt, 21./22. Dezember 2019, S. 12.

<sup>16</sup> Vgl. *Andreas Dey*, „Jetzt ist es raus, jetzt gibt es kein Zurück mehr“. Die Spitzenkandidatin der Grünen, Katharina Fegebank, erklärt erstmals, dass sie Hamburgs Bürgermeisterin werden will – und warum, in: Hamburger Abendblatt, 30. September 2019, S. 11.

<sup>17</sup> Infratest dimap, LänderTREND Hamburg Dezember 2019 im Auftrag des NDR, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/hamburg/laendertrend/2019/dezember/> (Zugriff: 5. Juni 2020).

für *Gerhard Schröder* (2005), *Olaf Scholz* (2011) und *Malu Dreyer* (2016) Wahlkampf gemacht hatte, ins Rennen. *Stauss* konzipierte für Spitzenkandidat *Peter Tschentscher* das Image eines Bürgermeisters, der die gesamte Stadt im Blick habe. Der Bürgermeister stehe für „Vertrauenswürdigkeit, Intelligenz und Neugierde“, er sei „überlegt und beherrscht“. Außerdem stellte *Stauss* die Wirtschaftskompetenz der Hamburger SPD, die sie von der Bundes-SPD abhebe, ins Zentrum seiner Kampagne.<sup>18</sup>

Für die Grünen arbeitete *Matthias Riegel* von der PR-Agentur Wigwam, der bereits für Baden-Württembergs Ministerpräsident *Winfried Kretschmann* Wahlkampf gemacht hatte, am Image der Zweiten Bürgermeisterin *Katharina Fegebank*. Seine Idee war, der Grünen das Ansehen einer stets freundlichen, herzlichen und verbindlichen „Landesmutter“ zu geben, die als Mutter zweier Töchter auch in konservativ-bürgerlichen Kreisen Sympathie genieße. *Fegebank* pflege zudem „einen Politikstil, bei dem es kein ‚von oben herab‘ gibt, sondern viel Wert auf Dialog und das Gemeinsame gelegt wird.“ Die grüne Bürgermeisterkandidatin stehe „für Leidenschaft und Lust auf Zukunft“. Das Motto der Kampagne sei „Bock auf besser“. Laut *Riegel* gehe es „um Zuversicht und Mut, die Stadt besser zu machen.“<sup>19</sup>

*Kerstin Flemming* von der Agentur Guru hatte 2017 für *Daniel Günther* (CDU) die Kampagne entworfen, die ihn ins Ministerpräsidentenamt von Schleswig-Holstein führte. In Hamburg übernahm sie eine deutlich schwierigere Aufgabe, war doch die CDU lange daran gescheitert, überhaupt einen Bürgermeisterkandidaten zu finden. Landeschef *Roland Heintze* und Fraktionsvorsitzender *André Trepoll*, die beide selbst auf die Kandidatur verzichteten, mussten im Oktober 2018 erst den krankheitsbedingten Rückzug von *Aygül Özkan*, der ehemaligen Sozial- und Integrationsministerin Niedersachsens, verkraften und fanden dann lange keinen auswärtigen Kandidaten. Im April 2019 erklärte sich schließlich *Marcus Weinberg*, der bereits von 2011 bis 2015 die Landes-CDU geführt und dabei die „liberale Großstadtpartei“ propagiert hatte, zur Kandidatur bereit.<sup>20</sup> Mit dem Bundestagsabgeordneten, der einer Zusammenarbeit mit den Grünen offen gegenüberstand, wollte Guru „das Herz des urbanen Milieus erreichen.“ *Weinberg* sollte als Familienvater, Vespa-Fahrer und St.-Pauli-Fan einerseits nahbar, andererseits aber auch „Visionär“ sein.<sup>21</sup>

In den letzten vier Monaten des Jahres 2019 beschäftigten sich die Parteien mit ihren Wahlprogrammen und Kandidatenlisten für die Bürgerschaftswahl. Den Anfang machte die

---

<sup>18</sup> Zit. bei *Jens Meyer-Wellmann*, Von Schröder, Günther und Kretschmann lernen, in: Hamburger Abendblatt, 31. August 2019, S: 12.

<sup>19</sup> Zit. ebenda.

<sup>20</sup> Vgl. *Frank Drieschner*, Marcus Weinberg: Der Mittelfeldspieler, in: Die Zeit, 22. April 2019, <https://www.zeit.de/2019/14/marcus-weinberg-cdu-buergerschaftswahl> (Zugriff: 6. Juni 2020).

<sup>21</sup> Zit. bei *Jens-Meyer-Wellmann*, a.a.O. (Fn. 18).

CDU, deren Landesvorstand Ende August seinen Personalvorschlag präsentierte. Nach Spitzenkandidat *Weinberg* auf Platz 1 der Landesliste kandidierte mit *Antje Möller*, der Vorsitzenden der Hamburger Elternkammer, eine Quereinsteigerin auf dem zweiten Platz. Der CDU-Landesvorsitzende *Heintze* warb mit dem Slogan „jünger, weiblicher, frischer“ für die Landesliste, die vier Frauen unter den ersten zehn und zehn Frauen unter den ersten 20 Kandidaten vorsah – eine Revolution für die männerbündische Hamburger CDU. Ein wenig Augenwischerei war jedoch dabei, denn die Besonderheiten des Hamburger Wahlrechts haben zur Folge, dass eine zweit- oder drittstärkste Partei mit einem Zweitstimmenanteil von unter 15 Prozent mit ihrer Landesliste kaum zum Zuge kommt. 2015 zum Beispiel waren nur zwei der 20 CDU-Abgeordneten über die Landesliste in die Bürgerschaft eingezogen, die anderen 18 waren in den Wahlkreisen gewählt worden. In den 17 Wahlkreisen aber hatte die CDU auch 2020 nur drei Spitzenkandidatinnen nominiert.<sup>22</sup>

Ihr Wahlprogramm unter dem Titel „Unser Hamburg: Wir wachsen zusammen“ stellte die CDU Ende Oktober vor. Das Programm war wenig markant; es postulierte „Freiheit statt Bevormundung – Gemeinschaft, Gerechtigkeit und Leistungsbereitschaft stärken!“<sup>23</sup> Priorität im Programm genossen die Kernkompetenzen der CDU: Wirtschaft und innere Sicherheit.<sup>24</sup> Mit diesen Themen drang die CDU im Wahlkampf jedoch kaum durch, weil die Bilanz des Senats auf beiden Feldern kaum Angriffsflächen bot. Es waren wohl auch nicht die Themen, die den Sozial- und Familienpolitiker *Weinberg* umtrieben. Das CDU-Programm strich deshalb auch solche Themen heraus, die eher in die Kompetenz der politischen Konkurrenten fielen. Wie SPD und Grüne setzte die CDU auf die „Mobilitätswende“, also den Umstieg vom Auto auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und das Fahrrad. Die vom Senat geplanten neuen Schnellbahnlinien U 5 und S 4 trug die CDU mit, der Umstieg auf Busse und Bahnen sollte durch ein preiswertes 365-Euro-Jahresticket für den Hamburger Verkehrsverbund (HVV) erleichtert werden. Die bei den Grünen nach wie vor populäre Idee einer Stadtbahn sollte zumindest in einer reduzierten Variante für den Hamburger Westen ergebnisoffen geprüft werden. Wie SPD und Grüne warb die CDU schließlich auch für die Energiewende, die Steigerung des Wohnungsbaus und Hamburgs Rolle als Wissenschaftsmetropole. Insgesamt, so der Wahlaufruf am Ende des Programms, ziele man auf „die Menschen, die den Laden am Laufen halten“, sie „sollen entlastet und gefördert werden.“<sup>25</sup>

<sup>22</sup> Vgl. *Andreas Dey*, CDU überrascht bei Listenaufstellung, in: Hamburger Abendblatt, 26. August 2020, S. 9.

<sup>23</sup> CDU Hamburg, Unser Hamburg: Wir wachsen zusammen. #ZUSAMMENWACHSENDESTADT, Hamburg, Oktober 2019, S. 7.

<sup>24</sup> CDU setzt auf Wirtschaft und Innere Sicherheit, in: Hamburger Abendblatt, 30. Oktober 2019, S. 12.

<sup>25</sup> CDU Hamburg, a.a.O. (Fn. 23), S. 81.



Die Grünen traten zunächst mit ihrem programmatischen Angebot an die Öffentlichkeit, das Personalangebot hinter Spitzenkandidatin *Fegebank* folgte später. Ende September verabschiedeten sie ihr „Zukunftsprogramm“, das Klimaschutz und Verkehrswende in den Mittelpunkt rückte.<sup>26</sup> Bis spätestens 2035 wollten sie Hamburg klimaneutral machen, wobei die „Verkehrswende“ dazu einen wesentlichen Beitrag leisten sollte. Zur Wende in der Verkehrspolitik gehörten die Ausweitung des kostenpflichtigen Parkens und des Bewohnerparkens, die „auto-arme Innenstadt“, die Priorisierung eines preiswerten ÖPNVs gegenüber dem Autofahrer, der Ausbau von Fahrradstraßen und geschützten Fahrradstreifen, die Fortführung des Schnellbahnausbaus und die Stadtbahn als Vision für die Zukunft. Darüber hinaus propagierten die Grünen ein Elf-Punkte-Programm, mit dem sie den Wohnungsbau ankurbeln und den Mietenanstieg bremsen wollten. In der Wissenschaftspolitik konnten sie darauf verweisen, die Universität unter Wissenschaftssenatorin *Fegebank*, die kurz vor der Wahl vom Deutschen Hochschulverband zur „Wissenschaftsministerin des Jahres“ gewählt wurde, zur Exzellenzuniversität gemacht zu haben.<sup>27</sup> In der Innen- und Rechtspolitik zeigten die Grünen Mut zu unpopulären Forderungen: Entkriminalisierung des Cannabisbesitzes, des Schwarzfahrens und der Vermummung bei Demonstrationen. Das Wahlalter wollten sie auf 14 Jahre absenken und die Bürgerschaft zu einem Vollzeitparlament umbauen.<sup>28</sup>

Ihre Listen stellten die Grünen am 9. November auf einer Mitgliederversammlung auf. Anders als früher gab es diesmal auf den ersten sechs Plätzen der Landesliste keine Kampfkandidaturen. Spitzenkandidatin *Katharina Fegebank* erhielt 97 Prozent der Stimmen, es folgten im bewährten Wechsel der Geschlechter der Fraktionsvorsitzende *Anjes Tjarks*, die Parteivorsitzende *Anna Gallina*, Umweltsenator *Jens Kerstan*, Sozial- und Frauenpolitikerin *Mareike Engels* und Justizsenator *Till Steffen*.<sup>29</sup> Das Spitzenpersonal der Grünen hatte sich darüber hinaus durch Doppelkandidaturen auf der Landesliste und in den Wahlkreisen gegen Überraschungen beim schwer berechenbaren Hamburger Wahlrecht abgesichert.<sup>30</sup>

Die SPD reizte ihren Status als Bürgermeister-Partei aus und präsentierte als letzte ihr personelles und programmatisches Tableau. Bürgermeister *Peter Tschentscher* wurde am 2. November im Bürgerhaus Wilhelmsburg von 99 Prozent der Delegierten zum

---

<sup>26</sup> Bündnis 90/Die Grünen Hamburg, Hamburg hat eine Wahl. Grünes Zukunftsprogramm für unsere Stadt, Hamburg, September 2020.

<sup>27</sup> Hochschulverband zeichnet Katharina Fegebank aus, in: Hamburger Abendblatt, 11. Februar 2020, S. 12.

<sup>28</sup> Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, Wie die Grünen Hamburg umgestalten wollen, in: Hamburger Abendblatt, 25. September 2019, S. 17.

<sup>29</sup> Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, Hamburg soll ein „Labor zur Welt“ werden, in: Hamburger Abendblatt, 11. November 2019, S. 10.

<sup>30</sup> Vgl. *Peter Ulrich Meyer*, Neue Harmonie unter Männern an der Grünen-Spitze, in: Hamburger Abendblatt, 30./31. Oktober 2019, S. 12.

Spitzenkandidaten seiner Partei gekürt. Auf den Plätzen zwei bis fünf folgten Bürgerschaftspräsidentin *Carola Veit*, Fraktionschef *Dirk Kienscherf*, Parteichefin *Melanie Leonhard* und der Eimsbütteler Kreisvorsitzende *Milan Pein*. In seiner Nominierungsrede zog *Tschentscher* zufrieden Bilanz der neunjährigen SPD-Regierungszeit. Zu den besonderen Erfolgen zählte er das Wohnungsbauprogramm, den kostenfreien Kita-Besuch, das flächendeckende Ganztagsangebot in der Grundschule, die Neueinstellungen von Lehrern und den Ausbau des ÖPNVs. Mit Stolz verwies er auf die Rekordzahl von einer Million sozialversicherungspflichtig beschäftigter Menschen und auf die niedrigste Kriminalitätsrate seit 30 Jahren. Auf einzelne Kernpunkte des noch fertigzustellenden Wahlprogramms wie den Fünf-Minuten-Takt im ÖPNV und das kostenlose HVV-Schülerticket blickte er voraus. An die Grünen gerichtet formulierte er: „Allein auf Radwegen kommt eine Stadt nicht ins 21. Jahrhundert.“<sup>31</sup>

Ihr vollständig ausformuliertes „Regierungsprogramm“<sup>32</sup> für die kommenden fünf Jahre legte die SPD dann vier Wochen später vor. In der Verkehrspolitik setzte sie neben dem „Hamburg-Takt“ im ÖPNV und dem kostenlosen HVV-Schülerticket auf den Bau der S 4 und der U 5, die Hafenuerspange, welche die Autobahnen im Westen und Osten der Stadt verbinden soll, sowie eine Untertunnelung der Köhlbrandquerung. Einen Schwerpunkt im Programm der SPD nahm das „bezahlbare Wohnen“ ein. Hier versprach die SPD, künftig den Neubau von jährlich 4.000 Wohnungen zu fördern und eine 30-jährige Mietpreisbindung für diese Wohnungen vorzusehen. Dem Klimawandel wollte die SPD durch Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien begegnen. Hafen und Flughafen, zu denen sich die wirtschaftsfreundliche Hamburger SPD bekannte, sollten ihren Teil dazu beitragen, Hamburg bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu machen. In der Bildungspolitik strebte die SPD den Bau 40 neuer Schulen mit 5.000 Kita-Plätzen an.<sup>33</sup>

Noch schwerer als die CDU hatten es die drei anderen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien FDP, AfD und Linke die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erringen. Die FDP wählte ihre Fraktionsvorsitzende *Anna von Treuenfels-Frowein* zur Spitzenkandidatin und legte ihre Schwerpunkte im Wahlkampf auf digitale Bildung in der frühen Kindheit, Klimaschutz durch technischen Fortschritt und einen „Wohnkosten-TÜV“. Außerdem sollte der motorisierte

<sup>31</sup> Zit. bei *Peter Ulrich Meyer*, SPD feiert Kandidat Tschentscher, in: Hamburger Abendblatt, 4. November 2019, S. 10.

<sup>32</sup> SPD Hamburg, Zukunftsstadt Hamburg. Lebenswert, wirtschaftsstark und klimafreundlich für alle. SPD-Regierungsprogramm 2020 – 2025, Hamburg, November 2019.

<sup>33</sup> Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, SPD bejubelt Tschentscher und sich selbst, in: Hamburger Abendblatt, 2. Dezember 2019, S. 9; *Peter Ulrich Meyer*, „Wir haben bewiesen, dass wir es können!“, in: ebenda, 27. November 2019, S. 12.

Individualverkehr, so *Treuenfels-Frowein*, eine „tragende Säule der Mobilität“ bleiben – „ergänzt durch ÖPNV, Fuß- und Radverkehr.“<sup>34</sup>

Außer der FDP stand sonst nur noch die AfD so wacker zum Auto. Sie trat mit *Dirk Nockemann*, dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden der Partei als Spitzenkandidat an. *Nockemann*, ein früherer Innensenator der Schill-Partei (2003/04), setzte sich in einer Kampfabstimmung gegen seinen Co-Fraktionsvorsitzenden *Alexander Wolf* durch. Die AfD wollte die Polizei stärken und setzte sich gegen die „Umwelthysterie“ zur Wehr, wie sie ihrer Meinung nach in den regelmäßigen „Fridays-for-Future“-Demonstrationen zum Ausdruck kam. *Nockemann* brachte eine Anmutung von *Donald Trump* in den Wahlkampf ein, als er die Klimaaktivistin *Greta Thunberg* in geschmackloser Weise beleidigte.<sup>35</sup>

Die Linke fiel durch die turbulenteste Delegiertenversammlung aller Parteien auf. Hier gab es auch auf den ersten Plätzen der Landesliste Kampfkandidaturen: Fraktionschefin *Cansu Özdemir* wurde mit 61 von 100 Stimmen zur Spitzenkandidatin gewählt; es folgten *David Stoop*, der Sprecher des Landesverbands, mit 52 Stimmen und *Sabine Boeddinghaus*, die Co-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, mit ebenfalls 61 Stimmen. *Özdemir*, eine Sympathisantin der kurdischen Arbeiterpartei PKK, kritisierte den Einmarsch der Türkei in Syrien und legte die Linke auf ein Nein zu Rüstungsexporten fest – wohlwissend, dass es sich hierbei in einem deutschen Landesparlament nur um symbolische Politik handeln konnte. Ferner trat die Linke für eine „radikale sozial-ökologische Wende“, einen kostenlosen ÖPNV und einen „Mietendeckel“ nach Berliner Vorbild ein.<sup>36</sup>

Der Wahlkampf bis Ende des Jahres wurde vor allem von grünen Themen geprägt: von Klima- und Verkehrspolitik. Die Parteien reagierten hier auch auf Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft wie die wöchentlichen „Fridays-for-Future“-Demonstrationen, eine Volksinitiative zur Förderung des Radverkehrs<sup>37</sup> oder bezirkliche Verkehrsprojekte, die das „autofreie Ottensen“ erprobten.<sup>38</sup> Auch die Naturschutz-, Umwelt- und Fahrradverbände traten mit ihren Forderungen an die Parteien heran und in die Öffentlichkeit.<sup>39</sup> Die Grünen legten

<sup>34</sup> Zit. bei Hamburger FDP legt Schwerpunkte für Wahlkampf fest, in: Hamburger Abendblatt, 2. September 2019, S. 12.

<sup>35</sup> Vgl. AfD-Kehrtwende: Nockemann setzt sich gegen Wolf durch, in: Hamburger Abendblatt, 30. September 2019, S. 12.

<sup>36</sup> Vgl. *Andreas Dey*, Linke macht sich das Leben schwer, in: Hamburger Abendblatt, 21. Oktober 2019, S. 10.

<sup>37</sup> Vgl. die Presseberichterstattung auf der Webseite der Volksinitiative „Radentscheid Hamburg“, <https://radentscheid-hamburg.de/presse/> (Zugriff: 13. Juni 2020).

<sup>38</sup> Vgl. Ottensen autofrei: Initiative droht mit Klage, in: Hamburger Abendblatt, 17./18. August 2019, S. 13.

<sup>39</sup> Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, BUND: Autos raus aus Hamburg, in: Hamburger Abendblatt, 22. November 2019, S. 12; *ders.*, Fahrrad-Club klagt Senat an: Viele Hamburger Velorouten zu schmal, in: ebenda, 10. Dezember 2019, S. 1, 12; *ders.*, Nabu befragt Parteien vor Wahl zu Klima- und Umweltpolitik, in: ebenda, 23. Dezember 2019, S. 10.

bereits im August 2019 ihren Plan für die „weitestgehend autofreie“ oder, wie es später hieß, „autoarme“ Innenstadt vor. Der parteipolitisch nicht mehr aktive Altbürgermeister *Ole von Beust* (CDU) ärgerte viele in seiner Partei damit, dass er diese Pläne öffentlich unterstützte.<sup>40</sup> Er und Spitzenkandidat *Weinberg* schienen die einzigen CDU-Politiker zu sein, die in der Verkehrspolitik an die Grünen anschlussfähig waren. Ansonsten machte die CDU vor allem damit von sich reden, dass sie die vielen Baustellen, Staus und die steigende Zahl der Unfälle auf den neuen Fahrradstraßen kritisierte.<sup>41</sup>

SPD, Grüne und die interessierten Verbände zeigten sich wenig beeindruckt von dieser Kritik und dominierten die Öffentlichkeit in den letzten drei Monaten vor Weihnachten mit ihrer Diskussion um den Klimaplan des Senats. Dabei handelte es sich um die Zusammenstellung von mehr als 400 Einzelmaßnahmen, mit denen Hamburg bis zum Jahre 2030 seinen Kohlendioxidausstoß gegenüber 1990 um 55 Prozent reduzieren und bis 2050 klimaneutral werden wollte. Im Bereich der Wärmeversorgung und Gebäudeeffizienz ging es um die Abschaltung des Kohlekraftwerks Wedel, das Verbot von Klimaanlage, Öl- und Stromheizungen sowie das Gebot der Verwendung von Solar- und erneuerbarer Energie bei Neubauten. Im Bereich der Mobilität zählten hierzu die Maßnahmen zum Ausbau des ÖPNVs, der neuen Sharing- und On-Demand-Angebote, des Radverkehrs, der autofreien Zonen in der Innenstadt und der Landstromversorgung für Containerschiffe. Um den letzten Punkt kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Bürgermeister *Tschentscher* und Umweltsenator *Kerstan*, wer Urheber der Idee gewesen sei. Generell kämpften beide Koalitionspartner darum, als die Partei mit den besseren Konzepten im Kampf gegen den Klimawandel zu erscheinen.<sup>42</sup> Anfang Dezember einigte sich der rot-grüne Senat auf den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes<sup>43</sup>, das von der Bürgerschaft auf ihrer letzten Sitzung vor der Wahl verabschiedet wurde. Mit Unterstützung der CDU und der Linken wurde die Begrenzung der Erderwärmung als Staatsziel in die Hamburgische Verfassung aufgenommen.<sup>44</sup>

---

<sup>40</sup> Vgl. *Ole von Beust* wirbt für autofreie Hamburger Innenstadt, in: *Hamburger Abendblatt*, 18. November 2019, S. 1, 9

<sup>41</sup> Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, Ärger um Straßenbaustellen: Warum wird nicht rund um die Uhr gearbeitet? In: *Hamburger Abendblatt*, 10. September 2019, S. 1; *ders.*, Zahl der Unfälle auf Hamburgs neuen Fahrradstreifen steigt, in: ebenda, 17. September 2019, S. 1; *Marc Hasse*, CDU: Verkehrspolitik ist „außer Takt“, in: ebenda, 19. Dezember 2019, S. 14.

<sup>42</sup> Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, Klimakrisen im rot-grünen Senat, in: *Hamburger Abendblatt*, 12./13. Oktober 2019, S. 12; *ders.*, SPD mit neuer Strategie gegen Grüne, in: *Hamburger Abendblatt*, 9./10. November 2019, S. 12.

<sup>43</sup> Vgl. *Marc Hasse / Andreas Dey*, Hamburger Klimaplan: Aus für Ölheizungen – Solaranlagen Pflicht, in: *Hamburger Abendblatt*, 4. Dezember 2019, S. 1, 12.

<sup>44</sup> Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 21/113, 12. Februar 2020, S. 8898 – 8899.

Der Wahlkampf hätte für die beiden Regierungsparteien kaum besser laufen können – es gab eigentlich nur zwei Ereignisse in der zweiten Jahreshälfte 2019, die Grünen beziehungsweise SPD gefährlich zu werden drohten. Da war zum einen die Diskussion um AfD-Gründer *Bernd Lucke*, der nach dem Ende seiner Mitgliedschaft im Europaparlament zurück auf seine VWL-Professur an die Hamburger Universität gekommen und dessen erste Vorlesung von Antifa-Gruppen gesprengt worden war. Wissenschaftssenatorin *Fegebank* hatte hier anfangs unglücklich agiert und in einer Pressemitteilung verlauten lassen, dass *Luckes* Recht auf Freiheit der Lehre zwar garantiert, „die diskursive Auseinandersetzung auch über kontroverse gesellschaftliche Sachverhalte“ aber von ihm „ausgehalten“ werden müsse.<sup>45</sup> Angesichts des nicht erkennbaren diskursiven Interesses der Störer war dies für die Dienstherrin *Luckes* eine unhaltbare Äußerung. *Fegebank* machte ihren Fehler in der Folge jedoch wieder gut, verurteilte die Störer „aufs Allerschärfste“<sup>46</sup> und stellte sich auch persönlich einem Streitgespräch mit *Lucke*.<sup>47</sup>

Zum anderen war da der Ausgang des SPD-Mitgliederentscheids über die neuen Parteivorsitzenden, der sich nicht wie erhofft für den SPD-Wahlkampf auswirkte. Von der Wahl des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters *Olaf Scholz* und seiner Mitbewerberin *Klara Geywitz* hatte man sich zumindest etwas ideellen Rückenwind erwartet. Mit der Wahl von *Saskia Esken* und *Norbert Walter-Borjans* empfanden nun viele in Hamburgs SPD die Notwendigkeit, ihre Unabhängigkeit von der Bundespolitik zu unterstreichen. Auftritte mit den neuen Parteivorsitzenden seien nicht geplant, ließ die Landesvorsitzende *Melanie Leonhard* verlauten. Und Altonas Kreisvorsitzender *Mathias Petersen* ließ sich mit der Bemerkung zitieren, dass Hamburgs SPD sich schon immer „an der Realität und nicht an visionären Bundesparteitagsbeschlüssen“ orientiert habe.<sup>48</sup>

Mit Beginn des neuen Jahres trat der Wahlkampf in seine heiße Phase ein. Am meisten Beachtung in diesen letzten sieben Wochen vor der Wahl fanden die diversen Streitgespräche zwischen Bürgermeister *Tschentscher* und seiner Herausforderin *Fegebank*. Vier solcher „Duelle“ gab es, die im Fernsehen ausgestrahlt oder per Video im Internet verbreitet wurden. Den Anfang machte die Wochenzeitung *Die Zeit* am 19. Januar mit einem sachlich geführten

<sup>45</sup> Zit. bei *Marc Hasse*, Tumulte an der Uni: AfD-Gründer Lucke kann Vorlesung nicht halten, in: *Hamburger Abendblatt*, 17. Oktober 2019, S. 1.

<sup>46</sup> Zit. bei *Marc Hasse*, Vermummte stürmen erneut Lucke-Vorlesung, in: *Hamburger Abendblatt*, 24. Oktober 2019, S. 13.

<sup>47</sup> Bernd Lucke: Gleiches Rederecht für alle? Streitgespräch zwischen Katharina Fegebank und Bernd Lucke, in: *Die Zeit*, 30. Oktober 2019, <https://www.zeit.de/2019/45/bernd-lucke-afd-gruender-universitaet-hamburg> (Zugriff: 14. Juni 2020).

<sup>48</sup> Zit. bei *Jens Meyer-Wellmann*, Hamburgs SPD geht auf Distanz zu Berlin, in: *Hamburger Abendblatt*, 14./15. Dezember 2019, S. 10.

90-minütigen Gespräch, das kaum inhaltliche Unterschiede zwischen den beiden Kontrahenten herausarbeitete.<sup>49</sup> Es folgte am 6. Februar ein vom Hamburger Abendblatt veranstaltetes, ebenfalls 90 Minuten dauerndes Duell, das durch die Ereignisse in Thüringen überlagert wurde. Beide Spitzenkandidaten zeigten sich schockiert von der Wahl *Kemmerichs* mit den Stimmen der AfD und erleichtert über seinen Rückzug am Tag danach.<sup>50</sup> Sechs Tage später trafen sich beide erneut zu einem halbstündigen, von RTL Nord ausgestrahlten TV-Duell in der Hamburger Elbphilharmonie, wo die Herausforderin mit Verve die „echte Mobilitätswende“ propagierte, während der Bürgermeister auf die Bremse trat.<sup>51</sup>

Den Höhepunkt der Streitgespräche bildete das einstündige, zur besten Sendezeit ausgestrahlte TV-Duell fünf Tage vor der Wahl im NDR, das von der Cum-Ex-Affäre überlagert wurde. In dieser Affäre ging es um die Frage, ob die Warburg Bank im Jahre 2016 politischen Einfluss auf den Hamburger Senat genommen hatte, um eine Steuernachzahlung in Höhe von 47 Millionen Euro zu verhindern. *Fegebank* mahnte „dringend“ Aufklärung an und forderte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, während *Tschentscher*, zur damaligen Zeit der zuständige Finanzsenator, den Vorwurf politischer Einflussnahme zurückwies<sup>52</sup> – zurecht, wie die Berichterstattung in den folgenden Tagen zeigen sollte.<sup>53</sup> Im Vorfeld des TV-Duells hatte die CDU moniert, dass die Opposition angesichts der Zuspitzung auf den Zweikampf zwischen *Tschentscher* und *Fegebank* keine Gelegenheit erhielt, ihre inhaltliche Kritik an der Regierung vorzutragen. Der NDR rechtfertigte sich damit, dass ausweislich der Umfragen nur die beiden Spitzenkandidaten von SPD und Grünen realistische Aussichten auf das Amt des Regierungschefs hätten. Den vier Spitzenkandidaten von CDU, FDP, der Linken und der AfD wurde am selben Tag eine ebenfalls einstündige Diskussionsrunde im Vorabendprogramm eingeräumt.<sup>54</sup>

**In der letzten Januarwoche – vier Wochen vor der Wahl – brachten die Parteien, wie es ihnen rechtlich vorgeschrieben ist, ihre Plakatkampagnen auf die Straße. Die SPD trat mit einer**

---

<sup>49</sup> Vgl. Er oder Sie? Autofreie Innenstadt, Hafen, Klima: Die Bürgermeister-Kandidaten Peter Tschentscher und Katharina Fegebank im großen Streitgespräch, in: Die Zeit Hamburg, 30. Januar 2020, S. 1 – 2, <https://www.zeit.de/video/2020-01/6124796152001/zeit-hamburg-wahlduell-die-spitzenkandidaten-peter-tschentscher-und-katharina-fegebank-im-gespraech> (Zugriff: 16. Juni 2020).

<sup>50</sup> Vgl. *Alexander Josefowicz*, Tschentscher und Fegebank – das Duell, in: Hamburger Abendblatt, 7. Februar 2020, S. 12; [https://www.youtube.com/watch?v=8MZ20aP6p\\_s](https://www.youtube.com/watch?v=8MZ20aP6p_s) (Zugriff: 16. Juni 2020).

<sup>51</sup> RTL Nord, Hamburg wählt: TV-Duell der Spitzenkandidaten Peter Tschentscher vs. Katharina Fegebank, 12. Februar 2020, <https://www.rtl nord.de/nachrichten/tv-duell-zur-wahl-in-hamburg-peter-tschentscher-vs-katharina-fegebank.html> (Zugriff: 16. Juni 2020).

<sup>52</sup> NDR, TV-Duell vor Hamburg-Wahl: Cum-Ex-Affäre ist Thema, 18. Februar 2020, <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburg-Wahl-Fegebank-und-Tschentscher-im-TV-Duell,wahlduell130.html> (Zugriff: 16. Juni 2020).

<sup>53</sup> Vgl. *Andreas Dey*, Cum-Ex: Neue Zweifel an den Vorwürfen, in: Hamburger Abendblatt, 20. Februar 2020, S. 12.

<sup>54</sup> CDU: Bei TV-Duell fehlt Stimme der Opposition, in: Hamburger Abendblatt, 17. Januar 2020, S. 14.

Themenplakatserie an, in der das Versprechen groß herausgestellt, das bisher Erreichte in kleinerem Schriftzug darunter platziert wurde. Auf allen Plakaten war Bürgermeister *Tschentscher* zu sehen, mal staatstragend mit Krawatte, mal leger mit offenem Hemd. Mit Krawatte groß: „Wachstum ja, aber nicht bei den Mieten“, klein: „Hamburg hat die Mietsteigerung durch Neubau gebremst.“ Ohne Krawatte groß: „Wir investieren ganz groß in unsere Kleinen“, klein: „Beim Ausbau von Kitaplätzen sind wir bundesweit vorn.“ Groß: „Eine lebendige Stadt braucht Gründer und Szene“, klein: „Hamburg baut seinen Spitzenplatz in der Gründerszene weiter aus.“ Groß: „Wir sorgen für gutes Klima“, klein: „Seit 2012 sinken die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Hamburg jedes Jahr.“ Wieder mit Krawatte groß: „Bei uns wachsen Wirtschaft und Löhne“, klein: „Hamburgs Wirtschaft wächst über dem Bundesdurchschnitt.“ In der professionell gemachten Kopfplakatserie hatte der Bürgermeister mit wachen Augen, unterstrichen durch seine schlanke schwarze Brille, „die ganze Stadt im Blick“. In den letzten Tagen vor der Wahl wurde *Tschentscher* dann mit dem Claim „Hamburg gut regieren“ großflächig plakatiert. Das in weißem Schriftzug gehaltene „gut“ auf dem ebenfalls weißen Oberhemd des Bürgermeisters war jedoch nur für scharfe Augen zu entziffern.<sup>55</sup>

Die Grünen traten in einer einfallsreich gemachten Kampagne mit knappen Themenslogans an, die alle von *Katharina Fegebank* präsentiert wurden. In zwei besonders gelungenen Beispielen blieben die Forderungen durch ein sprachliches Spiel mit der Mehrdeutigkeit im Kopf des Betrachters haften: „Für Mobilität, die ankommt“ und „Für Demokratie ohne Alternative“. Da der erste Teil des Slogans in Blockschrift, der zweite in Schreibschrift gehalten und mit der Unterschrift „Katharina Fegebank“ versehen war, sollte der Beobachter wohl den Eindruck gewinnen, dass *Fegebank* in freier Assoziation auf den Wortanfang geantwortet hätte. Gut zum kämpferischen Image der Spitzenkandidatin passten die Claims „Für Frauen mit Power“ und „Für Gerechtigkeit alles geben“. Etwas beliebig muteten dagegen Aussagen wie „Für Klima statt Krise“, „Für Wirtschaft, die sich neu erfindet“ oder „Für Mieten ohne Wahnsinn“ an. Der Anspruch der Grünen, künftig die Erste Bürgermeisterin stellen zu wollen, wurde mit zwei Kopfplakaten *Fegebanks* kommuniziert: „Erste Frau. Erste Grüne. Erste Wahl. Katharina Fegebank“ und „Fegebank für Hamburg“.<sup>56</sup>

Die Plakatkampagne der CDU machte, wenn sie überhaupt auffiel, durch ihre Richtungslosigkeit und ihre Farbenpracht auf sich aufmerksam. Spitzenkandidat *Marcus*

---

<sup>55</sup> SPD Hamburg, Unsere Plakatkampagne ist auf der Straße, Pressemitteilung vom 28. Januar 2020, <https://www.spd-hamburg.de/aktuell/aktuelles/news/unsere-plakatkampagne-ist-auf-der-strasse/28/01/2020/> (Zugriff: 16. Juni 2020).

<sup>56</sup> Grüne Hamburg, Unsere Kampagne 2020, <https://www.gruene-hamburg.de/unsere-kampagne/> (Zugriff: 16. Juni 2020).

*Weinberg* suchte sich aus den Orientierungsschwierigkeiten seiner Partei in die Flucht nach vorn zu retten: „Nach links? Nach rechts? Nach vorne!“, hieß es auf einem der prominenten CDU-Plakate. Der CDU-Spitzenkandidat versprach ferner „Mut statt Murks“, wobei der Murks in rot-grünen Lettern vom Plakat prangte, während das „We“ in „WE!NBERG“ gelb leuchtete und vermutlich die „zusammenwachsende Stadt“ symbolisieren sollte. Für das wärmere Orange aus erfolgreicherer Zeiten fehlte den Wahlkämpfern der CDU offensichtlich der Mut. Weitere Claims der CDU lauteten: „Politik für die, die den Laden am Laufen halten“ und „Weniger Stau, mehr Weinberg“ – auch hier kam der Stau in Rot-Grün daher. Auf dem Kopfplakat mit dem Bürgermeisterkandidaten hieß es schlicht: „Weinberg wählen“ – wie überall mit einem „WE!“ Auf allen Fotos wurde *Weinberg* von oben fotografiert, was seinen Kopf überproportional groß wirken und ihn sehr gedrungen aussehen ließ.<sup>57</sup>

Von den drei kleineren Parteien setzte die FDP ebenfalls stark auf einen personalisierten Wahlkampf. Spitzenkandidatin *Anna von Treuenfels-Frowein* kam forsch in schwarzem Rolli und Lederjacke daher; manche dachten bei diesem Anblick an eine Werbung für eine Fernsehkommissarin. Den Anspruch, dass „die Mitte lebt“, vermochte das Plakat zu transportieren; die Diskrepanz zwischen Schein und Sein der Kandidatin fiel jedoch stärker aus als bei den konkurrierenden Parteien. Die Schwerpunktthemen der Plakatkampagne waren Wirtschaft, Innovationen und Bildung. Die Claims auf den Plakaten lauteten: „Hamburgs Wirtschaft braucht wieder eine Verbündete.“ – „Mietpreisbremsen bauen keine neuen Wohnungen.“ – „Innovationen retten das Klima, nicht Verbote.“ – „Werden wir #1 in Innovationen anstatt #1 in Stau.“ – „Die Zukunft geht nicht in die Schulen von gestern.“<sup>58</sup>

Die beiden kleinen Parteien an den Rändern des politischen Spektrums entschieden sich gegen einen personalisierten Wahlkampf und setzten allein auf Inhalte. Die Kampagne der Linken erhielt von professionellen Werbern aufgrund ihrer inhaltlichen Schnörkellosigkeit und klaren farblichen Gestaltung Bestnoten. Ihre beiden Großflächenplakate setzten die Claims „Soziale Gerechtigkeit!“ und „Hamburg für alle!“, verbunden mit der hanseatisch-schnodderigen Aufforderung „Einfach machen“. Diese beiden Plakate wie auch der Wahlaufruf der Linken kamen ganz ohne Bildmotive aus. Dazu traten vier Themenplakate: „Mietendeckel drauf!“, „14 Euro Mindestlohn gegen Armut“, „Pflege braucht Qualität braucht Personal“ und „Waffenexporte verbieten“, alle kombiniert mit der Aufforderung: „Einfach machen“. Ein

---

<sup>57</sup> Die CDU war die einzige der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, die ihre Plakatkampagne nicht auf ihrer Webseite anpries – weil sie selbst nicht von ihr überzeugt war? Eigene Recherchen auf den Straßen Hamburgs und im Internet ermöglichten aber eine Analyse der zentralen Plakate.

<sup>58</sup> Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, Wie die FDP ihre Frontfrau im Wahlkampf inszeniert, in: *Hamburger Abendblatt*, 7./8. Dezember 2019, S. 12.



fünftes Themenplakat „Gegen CO2 hilft HVV“ forderte: „Einfach kostenlos machen“. Besser ließen sich die inhaltlichen Positionen der Linken als Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens kaum bewerben.<sup>59</sup>

Die AfD brachte ihre Inhalte ebenfalls klar und deutlich zum Ausdruck, auch wenn die Plakate sehr hausbacken gemacht waren. Die Partei trat mit sieben Themenplakaten an, die sich auf die innere Sicherheit, den Kampf gegen „political correctness“ und die Beschwerden des „kleinen Mannes“ (steigende Mieten, Verkehrsstaus) konzentrierten: „Weltoffen! Aber nicht für Banden und Clans!“ – „Kein Schnack: Wir handeln, Asyl-Missbrauch beenden!“ – „Meinungsfreiheit: Ohne Kritik keine Demokratie!“ – Uni Hamburg: AStA la Vista und Tschüss Freie Meinung!“ – „Mieten: Mensch Hamburg, wer soll das bezahlen?“ – „Moin Hamburg: Hummel, Hummel, Stau, Stau!“ – „Zukunft für Bildung? Freitags wieder Schule!“ Diese sieben inhaltlichen Kernforderungen verband die Partei mit dem Anspruch, „hanseatisch, mutig, unbequem“ sein zu wollen.<sup>60</sup> Nur wenige in Hamburg sahen es so, dass die Partei damit das Hanseatische treffend zum Ausdruck gebracht hätte. Weil die Plakate der Partei in den vergangenen Wahlkämpfen immer wieder in großer Zahl beschädigt worden waren, kündigte Spitzenkandidat *Nockemann* an, dass die Partei ihre Kampagne vor allem über die sozialen Netzwerke verbreiten werde. Auch wenn die Partei dort nicht sonderlich aktiv war, hatte sie doch von allen sechs Bürgerschaftsparteien die meisten Freunde auf Facebook: 22.729 Ende Januar gegenüber 17.232 der CDU und 10.399 der SPD (Linke, FDP und Grüne hatten zwischen 5.700 und 6.400 „Freunde“).<sup>61</sup>

Von den sonstigen Parteien machte vor allem eine junge Partei auf sich aufmerksam, die bisher noch nicht in der Hansestadt angetreten war: Volt Hamburg, deren Bundesverband sich als „pragmatisch, progressiv, paneuropäisch“ anpries.<sup>62</sup> Für die Bürgerschaftswahl konzipierte das Hamburger Designstudio *Karl Anders* eine bunt gestreifte Plakatkampagne, auf der die Spitzenkandidaten *Mira Alexander* und *Patrick Fischer* forderten: „Hamburg, mach mal neue Politik! Wähl Mira Alexander. Wähl Patrick Fischer. Wähl Zukunft Made in Europe“. Dasselbe Plakatmotiv verwendeten die Kandidaten in den Wahlkreisen mit ihren Köpfen. Die drei prominent herausgestellten Themenplakate arbeiteten mit Claims, die grüne, soziale und ökologische Konzepte anderer europäischer Metropolen zur Referenz nahmen: „Hamburg,

<sup>59</sup> Die Linke. Landesverband Hamburg, Unsere Plakatkampagne zur Bürgerschaftswahl, <https://www.die-linke-hamburg.de/wahlen/buergerschaftswahlen/2020/kampagne/> (Zugriff: 17. Juni 2020).

<sup>60</sup> AfD Hamburg, Vorstellung der AfD-Wahlplakate / Nockemann: „Hanseatisch, mutig, unbequem!“, 8. Januar 2020, <https://afd-hamburg.de/vorstellung-der-afd-wahlplakate-nockemann-hanseatisch-mutig-unbequem/> (Zugriff: 17. Juni 2020).

<sup>61</sup> AfD sorgt sich um Wahlplakate, in: Hamburger Abendblatt, 9. Januar 2020, S. 12; *Matthias Iken*, Wo die AfD in Hamburg vorne liegt, in: ebenda, 30. Januar 2020, S. 15.

<sup>62</sup> <https://www.voltdeutschland.org/> (Zugriff: 28. Juni 2020).

„mach’s wie Kopenhagen. Sag Tschüss zum Auto. Mehr Volt, mehr Leben.“ – „Hamburg, mach’s mit Rotterdam. Eine Hafenallianz für die Umwelt. Mehr Volt, weniger Emissionen.“ – „Hamburg, mach’s wie Wien. Bau gemeinwohlorientierter. Mehr Volt, mehr Wohnungen.“ Manche sahen in der Partei, die sich 2017 als Reaktion auf den Brexit europaweit gegründet und bei der Europawahl mit 0,7 Prozent der Stimmen in Deutschland ein Mandat errungen hatte, eine zeitgemäße Variante der Grünen. Das Geld (25.000 Euro) für die immerhin 6.000 Plakate, die Volt in Hamburg aufstellte, hatte die Partei per Crowdfunding bei den eigenen Anhängern gesammelt.<sup>63</sup>

Intensiv diskutiert wurden, wie in jedem Wahlkampf, auch die Koalitionsoptionen. In einem Sechsparteiensystem mit zwei für koalitionsunfähig erachteten Parteien (Linke und AfD) eröffnete sich ein gewisser Spielraum für Koalitionsstrategien – auch wenn für SPD und Grüne die Lage eigentlich klar war. Bürgermeister *Tschentscher* wiederholte immer wieder, dass Rot-Grün die „naheliegende Option“ sei. Er betonte allerdings auch, dass für ihn diese Option nur als Bürgermeister und nicht als Juniorpartner einer grün-roten Koalition infrage käme.<sup>64</sup> *Tschentscher* signalisierte aber auch Offenheit der CDU und der FDP gegenüber, um sich für Wähler dieser Parteien wählbar zu machen und den Druck auf die Grünen zu erhöhen. Für CDU und FDP kristallisierte sich im Wahlkampf die rot-schwarze oder die „Deutschland-Koalition“ als die bevorzugte, weil einzig realistische Option heraus. CDU-Kandidat *Weinberg* nahm, je länger der Wahlkampf dauerte und je radikaler die grünen Forderungen der CDU erschienen, von anfänglichen grün-schwarzen Gedankenspielen Abschied. Umso mehr ärgerte er sich darüber, dass Altbürgermeister *Ole von Beust* sich drei Wochen vor der Wahl für Schwarz-Grün aussprach.<sup>65</sup> *Katharina Fegebank* beharrte auf ihrer Präferenz für Grün-Rot – machte aber zugleich deutlich, dass sie nicht, nur um Erste Bürgermeisterin zu werden, eine Koalition mit der CDU und der FDP anstreben würde.<sup>66</sup>

### 3. Das Wahlergebnis

---

<sup>63</sup> Vgl. *Sabine Danek*, Zur Hamburger Landtagswahl: Volt-Plakatkampagne von Karl Anders, 30. Januar 2020, <https://page-online.de/kreation/zur-hamburger-landtagswahl-volt-plakatkampagne-von-karl-anders/>; *Nele Spandiek*, Partei Volt kandidiert bei Hamburg-Wahl: Die neuen Grünen?, taz nord, 21. Februar 2020, <https://taz.de/Partei-Volt-kandidiert-bei-Hamburg-Wahl/!5662990/>; Hamburg 1, Bürgerschaftswahl 2020: Wer ist Volt?, 3. Februar 2020, [https://hamburg1.de/nachrichten/43728/Buergerschaftswahl\\_2020\\_Wer\\_ist\\_Volt.html](https://hamburg1.de/nachrichten/43728/Buergerschaftswahl_2020_Wer_ist_Volt.html) (Zugriffe: 29. Juni 2020)

<sup>64</sup> Zit. bei *Tschentscher* stellt Bedingung für weitere Koalition, in: Hamburger Abendblatt, 30. Dezember 2019, S. 11.

<sup>65</sup> Vgl. CDU favorisiert jetzt ein Bündnis mit SPD und FDP, in: Hamburger Abendblatt, 10. Januar 2020, S. 12; *Peter Ulrich Meyer*, Breitseite des Altbürgermeisters gegen Weinberg, in: ebenda, 1./2. Februar 2020, S. 10.

<sup>66</sup> So im Fernsehduell bei RTL Nord, a.a.O. (Fn. 51).

Am Wahlabend des 23. Februar gab es zwei Sieger – einen gefühlten und einen realen. Der gefühlte Sieger war die Hamburger SPD, die zwar gegenüber ihrem Ergebnis von vor fünf Jahren 6,4 Punkte verlor und nur noch auf einen Stimmenanteil von 39,2 Prozent der Stimmen kam, aber mit deutlichem Vorsprung vor ihrem grünen Koalitionspartner lag. Die Grünen waren mit einem Rekordergebnis von 24,2 Prozent (plus 11,9 Punkte) die tatsächlichen Sieger dieser Wahl. Bei Landtagswahlen hatten sie bisher überhaupt nur einmal in Baden-Württemberg ein besseres Ergebnis erzielt.<sup>67</sup> Dennoch hatten die Grünen ihr Wahlziel, nach 199 männlichen Bürgermeistern die erste Bürgermeisterin der Stadt zu stellen, am Ende klar verfehlt. Die SPD, die in der deutschlandweiten Sonntagsfrage zwischenzeitlich auf unter 15 Prozent abgesackt war, stellte dagegen unter Beweis, dass sie noch Wahlen gewinnen und den starken Partner in einer stabilen Zweierkoalition stellen konnte. Zu den Gewinnern zählten auch die Linke, die 0,6 Punkte auf 9,1 Prozent zulegte, und die Hamburger Wähler, von denen knapp 100.000 mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten als noch 2015. Mit 63 Prozent lag die Wahlbeteiligung 6,5 Punkte über derjenigen von vor fünf Jahren. Unter den sonstigen Parteien schnitten „Die Partei“ und „Volt Hamburg“ mit 1,4 beziehungsweise 1,3 Prozent am besten ab (Tabelle 1).

In der nicht so fernen Hauptstadt fühlte sich darüber hinaus noch einer als Sieger: Vizekanzler *Olaf Scholz* war extra vorzeitig vom G20-Finanzministertreffen in Saudi-Arabien nach Berlin zurückgekehrt, um mit seinen Hamburger Genossen feiern zu können. *Scholz* erschien am Wahlabend auffallend oft vor Mikrofonen und lächelte an der Seite seines Nachfolgers im Amt des Hamburger Bürgermeisters vergnügt in die Fernsehkameras. Fast 40 Prozent waren ein Ergebnis, das vielen in Berlin fast unwirklich vorkam. Nicht so *Scholz*, der 2011 und 2015 in Hamburg sogar noch bessere Ergebnisse erzielt hatte und darauf hinwies, dass es gelungen sei, diese früheren Wahlerfolge mit seinem pragmatischen und sozialen Politikstil fortzusetzen. Das Wahlergebnis sei „ein Mutsignal für uns alle“, so *Scholz*. „Wir können gewinnen. Wenn wir das in einer richtigen Aufstellung machen, können wir Wahlen so entscheiden, dass wir auch bei der nächsten Bundestagswahl vorne liegen.“<sup>68</sup> Die SPD hatte plötzlich wieder einen Favoriten für die Kanzlerkandidatur.<sup>69</sup>

---

<sup>67</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 23. Februar 2020, Mannheim, März 2020, S. 8.

<sup>68</sup> Zit. bei *Lydia Rosenfelder / Christian Teevs*, SPD-Sieg in Hamburg: Der Scholz-Plan, in: Spiegel online, 24. Februar 2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-nach-hamburg-wahl-der-olaf-scholz-plan-a-c9ac5ecd-a5a2-4140-afcc-1d0bf3d5d838> (Zugriff: 26. Juni 2020).

<sup>69</sup> Vgl. *Mark Schieritz*, Olaf Scholz: Operation Kanzleramt, in: Zeit online, 26. Februar 2020, <https://www.zeit.de/2020/10/olaf-scholz-spd-buergerschaftswahl-hamburg-kanzleramt>; *Mike Szymanski*, Olaf Scholz und die SPD: Plötzlich Favorit, in: Süddeutsche Zeitung, 15. Mai 2020,

Eindeutige Verlierer der Hamburger Bürgerschaftswahl waren die „bürgerlichen“ Oppositionsparteien CDU und FDP – nicht zufällig also diejenigen Parteien, die zweieinhalb Wochen zuvor die Republik erschüttert hatten, als sie ihren „faustischen Pakt“<sup>70</sup> mit der Thüringer AfD des *Björn Höcke* schlossen. Die CDU büßte 4,7 Punkte ein und kam nur noch auf 11,2 Prozent der Stimmen – ihr schlechtestes Ergebnis in Hamburg und ihr zweitschlechtestes bei einer Landtagswahl überhaupt. Die FDP verlor 2,4 Punkte und scheiterte mit 4,97 Prozent an der Sperrklausel. Auch die AfD verlor 0,8 Punkte – erstmalig bei einer Landtagswahl<sup>71</sup> – und übersprang nur knapp und spät am Wahlabend die Fünf-Prozent-Hürde (Tabelle 1). In der „Berliner Runde“ vor der Tagesschau sahen SPD-Generalsekretär *Lars Klingbeil* und Grünen-Bundesgeschäftsführer *Michael Kellner* die bundespolitische Lehre der Hamburg-Wahl vor allem darin, dass die „geistigen Brandstifter der AfD“ (*Klingbeil*) und „diejenigen, die für Hass und Hetze in diesem Land verantwortlich sind“ (*Kellner*) die Quittung bekommen hätten. CDU-Generalsekretär *Paul Ziemiak* betonte dagegen, dass es „ein ganz persönlicher Sieg des Amtsinhabers in Hamburg“ gewesen sei.<sup>72</sup>

In der nächsten Bürgerschaft werden nur noch fünf Parteien in Fraktionsstärke vertreten sein. Stärkste Fraktion bleibt die SPD mit 54 Sitzen, vier weniger als 2015. Zweitstärkste Fraktion sind erstmals die Grünen mit 33 Sitzen (plus 18). Zusammen verfügen SPD und Grüne über 87 der 123 Sitze – eine Zweidrittelmehrheit. Die Opposition ist schwach und fragmentiert: Stärkste Oppositionspartei ist mit nur noch 15 Sitzen die CDU (minus fünf), gefolgt von der Linken mit 13 (plus zwei) und der AfD mit sieben (minus ein) Mandaten. Als fraktionslose Abgeordnete zog FDP-Spitzenkandidatin *Anna von Treuenfels-Frowein*, die in ihrem Blankeneser Wahlkreis direkt gewählt wurde, ins Parlament ein (Tabelle 1).

<b>Tabelle 1: Das endgültige Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 (in Klammern Veränderungen gegenüber 2015)</b>							
	Landesliste (LL)		Wahlkreise (WK)		Sitze		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Insgesamt	LL	WK
Wahlberechtigte	1.316.691	100	1.361.691	100			
Wahlbeteiligung	829.497	63,0 (+ 6,5)	829.497	63,0			
Briefwahlquote	283.793	34,2 (+ 3,5)	283.793	34,2			

<https://www.sueddeutsche.de/politik/spd-olaf-scholz-debatte-kanzlerkandidatur-1.4909387> (Zugriffe: 26. Juni 2020).

<sup>70</sup> *Georg Anastasiadis*, Wahl-Hammer in Thüringen: Landesregierung in Björn Höckes Fängen – Ein Kommentar, in: Münchner Merkur, 6. Februar 2020, <https://www.merkur.de/politik/thueringen-wahl-ministerpraesident-afd-bjoern-hoecke-fdp-kemmerich-skandal-kommentar-13524425.html> (Zugriff: 18. Juni 2020).

<sup>71</sup> Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 65), S. 8.

<sup>72</sup> ARD Tagesschau, Berliner Runde zur Bürgerschaftswahl in Hamburg, 23. Februar 2020, <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-665189.html> (Zugriff: 27. Juni 2020).

Abgegebene ungültige gültige Stimmhefte	828.973 8.737 820.236	100 1,1 (- 1,7) 98,9 (+ 1,7)	827.572 15.389 812.183	100 1,9 98,1			
Gültige Stimmen aus Heilungsregel	4.062.376 49.940	100 1,2	4.016.871	100	123 (+ 2)	52	71
SPD	1.593.825	39,2 (- 6,4)	1.403.351	34,9	54 (- 4)	26	28
CDU	453.717	11,2 (- 4,7)	605.273	15,1	15 (- 5)	-	15
Linke	368.683	9,1 (+ 0,6)	446.600	11,1	13 (+ 2)	6	7
FDP	202.059	4,97 (- 2,4)	220.031	5,5	1 (- 8)	-	1
Grüne	981.628	24,2 (+ 11,9)	1.032.826	25,7	33 (+ 18)	13	20
AfD	215.306	5,3 (- 0,8)	217.201	5,4	7 (- 1)	7	-
ÖDP	27.617	0,7 (+ 0,3)	25.903	0,6	-	-	-
Freie Wähler	25.023	0,6	16.357	0,4	-	-	-
Piraten	20.559	0,5 (- 1,1)	17.575	0,4	-	-	-
Volt Hamburg	52.361	1,3	25.524	0,6	-	-	-
Die Partei	56.755	1,4 (+ 0,5)	-	-	-	-	-
Hamburg	21.530	0,5	-	-	-	-	-
Die Humanisten	8.354	0,2	-	-	-	-	-
Gesundheitsforschung	7.759	0,2	-	-	-	-	-
Tierschutzpartei	27.200	0,7	-	-	-	-	-
DiB	-	-	2.808	0,1	-	-	-
Menschliche Welte	-	-	1.702	0,0	-	-	-
Sedat Ayhan	-	-	1.067	0,0	-	-	-
SLDP	-	-	653	0,0	-	-	-
Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 in Hamburg. Endgültige Ergebnisse, 12. März 2020, S. 5 – 7.							

### 3.1 Landeslisten- und Wahlkreisergebnisse

Hamburgs personalisiertes Verhältniswahlrecht mit offenen Listen eröffnet den Wählern sowohl auf Landes- wie Wahlkreisebene eine Präferenzstimmgebung. Auf Landesebene („gelbe Stimmzettel“) können sie ihre maximal fünf Stimmen an Parteilisten („Listenstimmen“) und/oder an konkrete Bewerber auf den Parteilisten („Personenstimmen“) geben. In den Wahlkreisen („rote Stimmzettel“) verfügen sie ausschließlich über fünf Personenstimmen. Insgesamt wurden bei der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 44 Prozent der gut vier Millionen Stimmen auf der Landesliste als Personenstimmen vergeben, 54,7 Prozent als Listenstimmen. Die restlichen gut 50.000 Stimmen (1,2 Prozent) stammten aus der zur Bürgerschaftswahl 2020 neu eingeführten „Heilungsregel“. Ihr zufolge wurden ungültige gelbe Stimmzettel, die mehr als fünf Stimmen enthielten, „geheilt“ – sofern die Stimmen ausschließlich an eine Partei gegeben wurden. Diese Partei erhielt dann die maximal möglichen fünf Stimmen. Die Heilungsregel hat aus Sicht des Wahlgesetzgebers den Vorzug, dass sie den Anteil der ungültigen Stimmen herunterrechnet – in diesem Fall von 2,3 auf 1,1 Prozent. SPD, AfD und

CDU profitierten von dieser Regel am stärksten; ihre Wähler hatten offensichtlich etwas größere Probleme mit dem Wahlrecht als die Wähler der anderen Parteien (Tabellen 1 und 2).

<b>Tabelle 2: Anteil von Personen-, Listen- und „geheilten“ Stimmen an den Landesstimmen; Anteil der Personenstimmen für die Spitzenkandidaten an den Personenstimmen ihrer Partei</b>					
Partei	Landesliste	Personenstimmen (in %)		Listenstimmen (in %)	Geheilte Stimmen (in %)
		Insgesamt	- davon Spitzenkandidaten (in %)		
SPD	1.593.825	901.176 (56,5)	649.132 (72,0)	662.264 (41,6)	30.385 (1,9)
CDU	453.717	180.561 (39,8)	64.669 (35,8)	267.291 (58,9)	5.865 (1,3)
Linke	368.683	130.754 (35,5)	38.615 (29,5)	235.224 (63,8)	2.705 (0,7)
FDP	202.059	76.502 (37,9)	29.579 (38,7)	123.772 (61,3)	1.785 (0,9)
Grüne	981.628	386.397 (39,4)	213.925 (55,4)	590.756 (60,2)	4.475 (0,5)
AfD	215.306	61.754 (28,7)	25.718 (41,6)	150.172 (69,7)	3.380 (1,6)
Sonstige	247.158	51.414 (20,8)	15.915 (31,0)	194.399 (78,7)	1.345 (0,5)
Gesamt	4.062.376	1.788.558 (44,0)	1.037.553 (58,0)	2.223.878 (54,7)	49.940 (1,2)

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 in Hamburg. Endgültige Ergebnisse, 12. März 2020, S. 9; Berechnung und Zuteilung der Mandate, 8. April 2020, S. 44 – 53; eigene Berechnungen.

Wie schon 2011 und 2015 war auch 2020 die SPD die einzige Partei, die mehr Personen- (56,5 Prozent) als Listenstimmen (41,6 Prozent) erhielt. Wie in den beiden vorangegangenen Wahlen war dies auch diesmal der Popularität des Bürgermeisters zu verdanken, der allein 72 Prozent aller Personenstimmen der SPD auf sich vereinigte. Nur *Olaf Scholz* (2011: 72,5, 2015: 79,2 Prozent) und der früheren FDP-Spitzenkandidatin *Katja Suding* (2011: 74,1, 2015: 73,4 Prozent) war es bisher gelungen, einen höheren Anteil der Personenstimmen ihrer Partei auf sich zu ziehen als *Peter Tschentscher*.<sup>73</sup> Das Personaltableau von CDU und Grünen zog nur knapp 40 Prozent ihrer Wähler an, die anderen 60 Prozent stimmten für die Parteiliste. *Katharina Fegebank* konnte immerhin 55,4 Prozent der grünen Personenstimmen auf sich lenken, während *Marcus Weinberg* dies nur mit 35,8 Prozent der CDU-Personenstimmen gelang. Wie unzureichend die Popularität *Weinbergs* war, lässt sich auch daran erkennen, dass nicht nur *Anna von Treuenfels-Frowein*, sondern auch AfD-Spitzenkandidat *Dirk Nockemann* eine höhere Popularität unter den Wählern ihrer Partei genossen (Tabelle 2).

Die Relation der Listen- zu den Personenstimmen hatte nach der Mechanik des Hamburger Wahlrechts zur Folge, dass auf der Landesliste der SPD nur die ersten elf Plätze „zogen“ und die restlichen 15 Mandate nach Personenstimmen besetzt wurden. Dies ermöglichte vor allem

<sup>73</sup> Vgl. *Patrick Horst*, Das neue Hamburger Wahlrecht auf dem Prüfstand: kontraproduktiv, aber schwer reformierbar, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 4, S. 714; *ders.*, a.a.O. (Fn. 4), S. 530.

solchen Kandidaten, die sich bereits als Senator oder Landesparlamentarier einen Namen gemacht hatten, auch von hinteren Listenplätzen in die Bürgerschaft gewählt zu werden. Ein Migrationshintergrund und eine gute politische Vernetzung konnten auch nicht schaden. Die fünf Kandidaten mit den meisten Personenstimmen bei der SPD waren der Migrationspolitiker *Baris Önes*, die beiden Bürgerschaftsabgeordneten *Danial Ilkhanipour* und *Michael Weinreich*, Kultursenator *Carsten Brosda* und der Juso-Vorsitzende *Alexander Mohrenberg*. *Önes* zog von Platz 49 der Landesliste, *Ilkhanipour* von Platz 27 und *Weinreich* von Platz 29 ins Landesparlament ein. Auch von den Plätzen 54, 58 und 59 waren Bewerber auf der SPD-Liste erfolgreich – von Platz 59 aus der Queerpolitiker *Simon Kuchinke*, der Kellner im Café Gnosa (St. Georg) gelernt und in *Tim Mälzers* „Bullerei“ gearbeitet hatte (Tabellen 3 und 4).<sup>74</sup>

**Tabelle 3: Endgültige Mandatsverteilung bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2020 (in Klammern Differenz zu 2015)**

Partei	Insgesamt	Landesliste			Wahlkreisliste
		Insgesamt	Nach Parteiliste	Nach Personenstimmen	
SPD	54 (- 4)	26 (+ 3)	11 (+ 1)	15 (+ 2)	28 (- 7)
CDU	15 (- 5)	0 (- 2)	0 (- 1)	0 (- 1)	15 (- 3)
Linke	13 (+ 2)	6 (- 1)	4 (0)	2 (- 1)	7 (+ 3)
FDP	1 (- 8)	0 (- 8)	0 (- 4)	0 (- 4)	1 (0)
Grüne	33 (+ 18)	13 (+ 11)	8 (+ 7)	5 (+ 4)	20 (+ 7)
AfD	7 (- 1)	7 (- 1)	5 (- 1)	2 (0)	0 (0)
Insgesamt	123 (+ 2)	52 (+ 2)	28 (+ 2)	24 (0)	71 (0)

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 in Hamburg. Endgültige Ergebnisse, 12. März 2020, S. 11.

**Tabelle 4: Aufgrund ihrer Personenstimmen von hinteren Plätzen auf der Landesliste gewählte Bewerber**

Gewählte Person	Stimmen	Listenplatz	Gewählte Person	Stimmen	Listenplatz
<b>SPD</b>			<b>Die Linke</b>		
1. <i>Baris Önes</i>	13.908	49	1. <i>Stephanie Rose</i>	6.413	7
2. <i>Danial Ilkhanipour</i>	11.032	27	2. <i>Metin Kaya</i>	5.846	10
3. <i>Michael Weinreich</i>	9.035	29			
4. <i>Carsten Brosda</i>	8.044	19	<b>Grüne</b>		
5. <i>Alexander Mohrenberg</i>	7.745	17	1. <i>Linus Jünemann</i>	4.512	22
6. <i>Kazim Abaci</i>	7.718	13	2. <i>Zohra Mojadeddi</i>	4.029	45
7. <i>Güngör Yilmaz</i>	6.912	28	3. <i>Lisa Maria Otte</i>	3.670	51
8. <i>Isabella Vértes-Schütter</i>	6.169	14	4. <i>Miriam Block</i>	2.962	19
9. <i>Ifikhar Malik</i>	5.649	58	5. <i>Yusuf Uzundag</i>	2.892	30
10. <i>Juliane Timmermann</i>	5.645	16			

<sup>74</sup> Vgl. *Christian Knuth*, Die SPD und Simon Kuchinke: Queerpolitik als Hauptgang, in: *hinnerk*, 18. Februar 2020, <https://www.maenner.media/regional/hinnerk/spd-simon-kuchinke/> (Zugriff: 20. Juni 2020).

11. <i>Julia Barth</i>	4.198	24	AfD		
12. <i>Ali Simsek</i>	4.083	47	1. <i>Olga Petersen</i>	4.018	9
13. <i>Britta Schlage</i>	3.994	12	2. <i>Marco Schulz</i>	3.627	7
14. <i>Sami Musa</i>	3.679	54			
15. <i>Simon Kuchinke</i>	3.661	59			
Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 in Hamburg. Berechnung und Zuteilung der Mandate, 8. April 2020, S. 7 – 9, 44 – 50.					

Bei allen anderen Parteien führte die Relation der Listen- zu den Personenstimmen dazu, dass der Anteil der nach Präferenzstimmgebung gewählten Personen geringer ausfiel als der nach Parteiliste. Bei der Linken zogen die ersten vier Listenplätze, zwei Bewerber – *Stephanie Rose* und *Metin Kaya* – wurden aufgrund ihrer Personenstimmen gewählt. Von den 13 Landeslistenabgeordneten der Grünen wurden acht nach Liste, fünf aufgrund ihrer Personenstimmen gewählt. Die AfD entsendete ihre ersten fünf Kandidaten von der Landesliste in die Bürgerschaft; die Russlanddeutsche *Olga Petersen* und Bundeswehroffizier *Marco Schulz* [zwei weitere] erkämpften sich ihr Mandat über die Präferenzstimmen. Bei der CDU zog die Liste gar nicht. Das hatte seinen Grund darin, dass ihr Wahlkreisergebnis knapp vier Prozentpunkte über ihrem Landesergebnis lag und sie als drittstärkste Partei überproportional viele Direktmandate errang: 15 der 71 Wahlkreismandate (Tabellen 3 und 4). Dies entsprach 21,1 Prozent aller Wahlkreismandate und resultierte bei einem Wahlkreisergebnis von 15,1 Prozent in einem Distorsionseffekt von sechs Prozentpunkten (Tabelle 5).

Neben der CDU errangen auch SPD und Grüne mehr Direktmandate in den Wahlkreisen, als es ihrem Stimmenanteil entsprochen hätte – der Distorsionseffekt zugunsten der SPD betrug 4,5, zugunsten der Grünen 2,5 Punkte. Einigermassen stark in den zentralen, urbanen Wahlkreisen war auch die Linke, die sieben Direktmandate errang. Gegenüber ihrem Stimmenergebnis in den Wahlkreisen stellte dies ein Minus von 1,2 Prozentpunkten dar. Die FDP errang, obwohl sie an der Sperrklausel scheiterte, ein Direktmandat: Spitzenkandidatin *Anna von Treuenfels-Frowein* in ihrem Blankeneser Wahlkreis. Die AfD ging in den Wahlkreisen leer aus. 62 von 71 Mandaten in den Wahlkreisen wurden von den höchstplatzierten Kandidaten der jeweiligen Partei errungen – nur in neun Fällen gelang es Kandidaten sich im Listenrang zu verbessern und ein Direktmandat zu erobern. Den größten Sprung nach vorn machten die 23-jährige Studentin *Sarah Timman* (SPD) in Barmbek und der 34-jährige Zollbeamte *Sandro Kappe* (CDU) in Bramfeld, die sich jeweils um vier Ränge verbesserten.<sup>75</sup>

<sup>75</sup> Siehe Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020. Endgültige Ergebnisse: Berechnung und Zuteilung der Mandate, Hamburg, 8. April 2020, S. 7 – 43.



**Tabelle 5: Distorsionseffekte beim Vergleich der Mandatsanteile mit den Stimmenanteilen (Listen- und Wahlkreismandate) bei der Bürgerschaftswahl 2020**

Partei	Man- date insge- samt	In Pro- zent	Abwei- chung vom Stimm- anteil	Listen- man- date	In Pro- zent	Abwei- chung vom Stimm- anteil	Wahl- kreis- man- date	In Pro- zent	Abwei- chung vom Stimm- anteil
SPD	54	43,9	+ 4,7	26	50,0	+ 10,8	28	39,4	+ 4,5
CDU	15	12,2	+ 1,0	–	–	– 11,2	15	21,1	+ 6,0
Linke	13	10,6	+ 1,5	6	11,5	+ 2,4	7	9,9	– 1,2
FDP	1	0,8	– 4,2	–	–	– 5,5	1	1,4	– 4,1
Grüne	33	26,8	+ 2,6	13	25,0	+ 0,8	20	28,2	+ 2,5
AfD	7	5,7	+ 0,4	7	13,5	+ 8,2	–	–	– 5,4
Sonstige	–	–	– 6,1	–	–	– 5,5	–	–	– 2,3
Gesamt	123	(100)		52	(100)		71	(100)	

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 in Hamburg. Endgültige Ergebnisse, 12. März 2020, S. 5 – 10; eigene Berechnungen.

Verzerrungen beim Vergleich der Mandatsanteile mit den Stimmenanteilen gab es nicht nur bei den Listen- und Wahlkreismandaten, sondern auch bei den Bürgerschaftsmandaten insgesamt. Hier hingen sie jedoch weniger mit den Besonderheiten des Hamburger Wahlrechts, als vielmehr mit der Sperrklausel zusammen. Zusätzlich zu den fünf Prozent der Stimmen für die FDP flossen auch sechs Prozent der Stimmen, die auf die sonstigen Parteien entfallen waren, nicht in die Mandatsberechnung auf Landesebene ein. Alle anderen Parteien erzielten folglich insgesamt einen höheren Anteil an Mandaten, als es ihrem Wahlergebnis entsprochen hätte. Am stärksten profitierte die SPD, die 43,9 Prozent der Mandate mit einem Stimmenergebnis von 39,2 Prozent errang – eine Verzerrung zu ihren Gunsten von 4,7 Punkten. Weil auch die Grünen 2,6 Punkte besser abschlossen als es ihrem Landesergebnis entsprochen hätte, gab es für Rot-Grün in der neuen Bürgerschaft eine Zweidrittelmehrheit der Mandate (Tabelle 5).

### 3.2 Differenzierte Stimmabgabe: Kumulieren und Panaschieren

Die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens wurde in Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2008 auf Wahlkreisebene eingeführt<sup>76</sup>, seit 2011 ist es auch auf der Landesliste möglich.<sup>77</sup> Gegenüber 2015 machten die Wähler 2020 etwas mehr von der ihnen eingeräumten Möglichkeit der differenzierten Stimmabgabe Gebrauch: 5,3 (2015: 4,7) Prozent verteilten ihre Stimmen auf der Landesliste ausschließlich, 26,4 (2015: 24,6) Prozent panaschierten und

<sup>76</sup> Vgl. Patrick Horst, Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 24. Februar 2008: Wahlsieger Ole von Beust bildet die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene, in: ZParl, 39. Jg. (2008), H. 3, S. 513 – 514, 524.

<sup>77</sup> Vgl. Patrick Horst, a.a.O. (Fn. 71); ders., a.a.O. (Fn. 4).

kumulierten, 68 (2015: 70,5) Prozent häuften ihre Stimmen ausschließlich auf eine Partei oder einen Kandidaten an. Auf den Wahlkreislisten, wo die Kreuze nur bei den Kandidaten und nicht bei der Partei gesetzt werden konnten, wurden die Möglichkeiten der differenzierten Stimmabgabe folgerichtig häufiger genutzt: 11,3 Prozent verteilten ausschließlich, 39,2 Prozent häuften und verteilten, nur 49 Prozent häuften ausschließlich. Je jünger die Wähler waren, umso häufiger nutzten sie die Möglichkeit des Panaschierens: 55,1 Prozent der 16- und 17-Jährigen verteilten ihre Stimmen auf der Landesliste, während dies nur 26,4 Prozent der über 70-Jährigen taten. Die über 70-Jährigen kumulierten dagegen zu 72,8 Prozent, während dies bei nur 45 Prozent der 16- und 17-Jährigen der Fall war. Beide Verläufe einer zunehmenden Kumulierung und abnehmenden Differenzierung waren durch die Altersgruppen hindurch bemerkenswert linear.<sup>78</sup>

Für die Parteien war darüber hinaus bedeutsam, ob die Wähler innerhalb eines Wahlvorschlags panaschierten oder über verschiedene Wahlvorschläge hinweg. Auch hier war, wie vom Wahlgesetzgeber gewünscht, eine leichte Erosion in der Parteienbindung zu diagnostizieren. Während 2015 noch 84,1 Prozent aller Wähler ihre Stimmen auf die Landesliste einer Partei konzentrierten, waren dies 2020 nur noch 81,5 Prozent. In den Wahlkreisen sank der Anteil dieser Parteiwähler im selben Zeitraum von 81,1 auf 79 Prozent. Auch hier ließ sich durch die Altersgruppen hindurch ein linearer Konzentrationsprozess feststellen: Nur 56 Prozent der 16- und 17-Jährigen konzentrierten ihre Landeslistenstimmen auf einen Wahlvorschlag, bei den über 70-Jährigen waren es gut 92 Prozent. Durch alle Altersgruppen hinweg konzentrierten Männer ihre Stimmen häufiger auf eine Partei, während Frauen sie häufiger auf mehr als eine Partei verteilten.<sup>79</sup>

### 3.3 Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

Hinsichtlich der soziologischen Merkmale Alter und Geschlecht blieb 2020 vieles beim Alten, allerdings waren auch einige Neuigkeiten zu vermelden. Bei der Wahlbeteiligung war auffällig, dass vor allem die Altersgruppen über 45 Jahren überproportional häufig zur Wahl gingen. Allerdings war die Diskrepanz zwischen der Beteiligung älterer und jüngerer Wähler nicht so ausgeprägt wie in der Vergangenheit. Die 16- und 17-Jährigen wählten sogar mit 63,2 Prozent genauso häufig wie die Bevölkerung im Durchschnitt, die 18- bis 24-Jährigen lagen nur zehn

---

<sup>78</sup> Siehe Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020. Nutzung der Möglichkeit zur Stimmabgabe: Kumulieren und Panaschieren, Hamburg, 27. Mai 2020, S. 6 – 7.

<sup>79</sup> Ebenda, S. 8 – 9.

Punkte darunter. Beide Altersgruppen steigerten ihre Beteiligung gegenüber 2015 überproportional um elf Prozentpunkte. Hier wirkte sich möglicherweise die knapp eine Million Euro teure Werbekampagne der Bürgerschaft für die Beteiligung an der Wahl, die insbesondere auf jüngere Wähler, Wähler in sozialen Brennpunkten und Briefwähler zählte, positiv aus.<sup>80</sup> Auch die Briefwahl konnte gegenüber 2015 um 3,5 Punkte auf 34,2 Prozent gesteigert werden (Tabelle 1). Bemerkenswert war zudem, dass die jüngeren Frauen unter 44 Jahren häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten als die gleichaltrigen Männer. Bei den Wählern über 45 Jahren war es noch andersherum. Die über 70-jährigen Männer beteiligten sich mit gut 69 Prozent am stärksten an der Wahl.<sup>81</sup>

Hinsichtlich der Parteipräferenzen war es auch 2020 wieder so, dass die älteren Wähler überproportional häufig SPD und CDU wählten – allerdings mit der Variation, dass es bei der SPD bereits für die über 60-Jährigen zutraf, bei der CDU nur für die über 70-Jährigen. Die Grünen waren die Partei der Wähler jüngeren und mittleren Alters; sie schnitten in allen Altersgruppen bis 59 Jahre überproportional ab (mit linear abnehmenden Überhang); nur bei den über 60-Jährigen und ganz extrem bei den über 70-Jährigen waren sie unterdurchschnittlich vertreten. Erstaunlich beliebt bei den jüngeren Wählern unter 34 Jahren waren die Linke und die übrigen Parteien, bei denen wahrscheinlich allen voran Volt und „Die Partei“ zu Buche schlugen. Bei der Linken war zudem auffällig, dass sie besonders attraktiv für jüngere Frauen unter 34 Jahren war, während unter den über 35-Jährigen mehr Männer als Frauen waren. Die beiden anderen Parteien links der Mitte wurden von Frauen aller Altersgruppen häufiger als von Männern gewählt. Einen Männerüberhang unter den Wählern aller Altersgruppen verzeichneten wie schon in der Vergangenheit vor allem FDP und AfD. Die FDP war überproportional unter den ganz jungen Wählern im Alter von 16 bis 24 Jahren vertreten, die AfD bei Wählern im Alter von 35 bis 69 Jahren.<sup>82</sup>

Die SPD blieb wie schon 2015 in allen Berufsgruppen stärkste Kraft. Arbeiter wählten sie zu überproportionalen 46 Prozent, die Grünen dagegen nur zu unterproportionalen 15 Prozent. Den höchsten Anteil von Arbeitern an ihrer Wählerschaft verzeichnete die AfD, die in dieser Berufsgruppe auf elf Prozent und damit einen doppelt so hohen Anteil wie in ihrem Gesamtergebnis kam. Bei der Linken waren es durchschnittliche, bei der CDU schwache neun Prozent. Auch bei den Beamten und den Angestellten blieb die SPD deutlich stärkste Kraft,

---

<sup>80</sup> Vgl. NDR, Kampagne wirbt für Bürgerschaftswahl in Hamburg, 19. November 2019, [https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/wahl/buergerschaftswahl\\_2020/Kampagne-wirbt-fuer-Buergerschaftswahl-in-Hamburg,buergerschaftswahl144.html](https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/wahl/buergerschaftswahl_2020/Kampagne-wirbt-fuer-Buergerschaftswahl-in-Hamburg,buergerschaftswahl144.html) (Zugriff: 20. Juni 2020).

<sup>81</sup> Siehe Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020. Repräsentative Wahlstatistik, Hamburg, 6. Mai 2020, S. 4 – 6.

<sup>82</sup> Ebenda.

gefolgt von den Grünen, der CDU, der Linken sowie AfD und FDP. Bemerkenswert war, dass das Wahlergebnis in beiden Berufsgruppen nahezu ein Spiegel des Gesamtergebnisses war – bei den Beamten mit leichten Ausschlägen nach oben für Sozialdemokraten und Grüne, bei den Angestellten mit einem leichten Ausschlag nach oben für die Grünen und nach unten für die AfD. In der Gruppe der Selbstständigen war die SPD mit schwachen 31 Prozent zwar auch stärkste Kraft, die Grünen waren ihr aber mit 25 Prozent dicht auf den Fersen. Überproportionale Ergebnisse unter Selbstständigen erzielten 2020 die FDP (9), die CDU (15) sowie in geringem Ausmaß auch Linke (10) und AfD (6 Prozent).<sup>83</sup>

Hinsichtlich des Bildungsgrades hatte die Hamburger SPD ihren Schwerpunkt bei den Wählern mit Hauptschulabschluss, die sie zu 61 Prozent wählten, und bei den Wählern mit mittlerer Reife (46 Prozent). Ähnlich sah es bei CDU und AfD aus, die ihren Wählerschwerpunkt ebenfalls in den beiden unteren Bildungsgruppen hatten; die CDU fand darüber hinaus jedoch auch durchschnittlichen Zuspruch bei Wählern mit Hochschulabschluss. Linke, FDP und ganz besonders die Grünen waren demgegenüber 2020 in Hamburg die Parteien, die ihren Wählerschwerpunkt in den beiden oberen Bildungsgruppen der Abiturienten und Akademiker hatten. Unter Akademikern überrundeten die Grünen erstmals die SPD.<sup>84</sup>

### 3.4 Motive der Wahlentscheidung: Parteien-, Kandidaten- und Themenbewertungen

Sozialstrukturelle Faktoren bestimmen das Wahlverhalten zwar stark, sind aber von Wahl zu Wahl wenig variabel. Größere Aufmerksamkeit genießen deshalb zu Recht die mittel- und kurzfristig veränderbaren Faktoren der Wahlentscheidung wie die Bewertung der Parteien, der Kandidaten und der Themen.<sup>85</sup> Bei der Bewertung der Parteien setzten die Hamburger wie schon in der Vergangenheit eine betont lokale Brille auf: Für 71 Prozent der Wähler war die Politik in Hamburg wichtiger für ihre Wahlentscheidung als die Bundespolitik, unter Anhängern der SPD waren es sogar 86 Prozent. Für die SPD war dies ein unschätzbare Vorteil, weil sie in Hamburg auf einer +5/-5-Skala mit +2,5 annähernd so gut wie 2015 (+2,7) bewertet wurde und sich von ihrem weniger positiven Image auf Bundesebene (+1,0) erfolgreich abkoppeln konnte. Die SPD wurde nicht nur von ihren eigenen Anhängern sehr positiv bewertet, sondern auch von Anhängern der Grünen (+2,5), der CDU (+1,7) und der FDP (+1,6). 80 Prozent der Hamburger stimmten der Aussage zu: „Die SPD passt am besten zu Hamburg“;

<sup>83</sup> Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 65), S. 38 – 39.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 41 – 44.

<sup>85</sup> Vgl. *Kathrin Bretthauer / Patrick Horst*, Wahlentscheidende Effekte von Wahlkämpfen? Zur Aussagekraft gängiger Erklärungen anhand in der ZParl publizierter Wahlanalysen, in: ZParl, 32. Jg. (2002), H. 2, S. 387 – 408.

womit die SPD wieder zu ihrem traditionellen Image der „Hamburg-Partei“ zurückgefunden hatte. Der SPD fühlten sich immerhin 26 Prozent der Wähler langfristig politisch verbunden – die Vergleichswerte für die Grünen lagen bei 15 und für die CDU bei zwölf Prozent. Auch bei der mit 34 Prozent größten Gruppe der parteiungebundenen Wähler lag die SPD mit 34 Prozent deutlich vor Grünen (22), AfD (elf) und CDU (sieben Prozent). Mit +1,8 deutlich positiver bewertet als noch vor fünf Jahren wurden die Grünen, deren Bundespartei den Hamburgern als einzige ebenso attraktiv erschien wie die Landespartei. Ähnlich positiv bewertet wie ihr Profil als Partei wurde auch die Regierungsarbeit von SPD (+2,0) und Grünen (+1,5), weshalb sich sechs von zehn Hamburgern eine Neuauflage der rot-grünen Koalition wünschten.<sup>86</sup>

Alle anderen Parteien in Hamburg wurden neutral oder negativ eingeschätzt: CDU (0,0), Linke (-0,3), FDP (-0,7) und AfD (-4,0). Die CDU wurde selbst von den eigenen Anhängern kaum positiver bewertet (+2,5) als die SPD (+1,7), was zu erklären vermag, dass sie im Landesergebnis nicht einmal ihr Potenzial langfristig parteigebundener Wähler ausschöpfte. Die Frage, inwieweit die Ereignisse in Thüringen sich negativ auf das Wahlergebnis der drei beteiligten Parteien auswirkten, fiel von Partei zu Partei unterschiedlich aus. Am stärksten litt die FDP. Während nur acht Prozent der Wähler insgesamt meinten, dass die Vorgänge in Thüringen einen sehr großen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung hatten, waren 20 Prozent unter den ehemaligen FDP-Wählern, aber nur acht Prozent der ehemaligen CDU-Wähler dieser Meinung. Auf 34 Prozent der AfD-Wähler hatten die Ereignisse in Thüringen sogar eher eine bestärkende Wirkung. Die AfD litt vor allem unter ihrem schlechten Image und ihrer breiten Ächtung in Hamburg: 87 Prozent der Hamburger waren der Auffassung, dass rechtsextremes Gedankengut in der Partei weit oder sehr weit verbreitet sei – eine zumindest diskussionsbedürftige Meinung.<sup>87</sup>

Das andere äußere Ereignis, das auf die Wahl Einfluss nahm, die sogenannte Cum-Ex-Affäre, hatte ebenfalls nur bei acht Prozent der Wähler einen sehr großen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung. Für die Wähler der SPD und der Grünen spielte das Thema nur eine geringfügige Rolle. Selbst für ehemalige SPD-Wähler war die Affäre von untergeordneter Bedeutung. Vor allem Wähler der AfD, der Linken und der CDU ließen sich durch das Thema mobilisieren.<sup>88</sup>

Die Parteibewertungen spiegelten sich auch in den Haltungen der Wähler den Spitzenkandidaten gegenüber wider. Gegenüber den Wahlumfragen vom Dezember 2019

---

<sup>86</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 65), S. 12 – 17.

<sup>87</sup> Ebenda, S. 13 – 16; Infratest dimap, Bürgerschaftswahl 2020 Hamburg, <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2020-02-23-LT-DE-HH/umfrage-einfluss.shtml> (Zugriff: 27. Juni 2020).

<sup>88</sup> Ebenda.

konnten Bürgermeister *Tschentscher* und Herausforderin *Fegebank* ihre Zufriedenheitswerte in der Bevölkerung noch einmal deutlich steigern. Mit der Arbeit des Bürgermeisters waren am Wahltag 67 Prozent der Hamburger zufrieden, mit der Arbeit seiner Stellvertreterin 50 Prozent. CDU-Spitzenkandidat *Weinberg* dagegen verharrte bei Zufriedenheitswerten von 23 Prozent noch hinter Linken-Spitzenkandidatin *Özdemir* (34 Prozent). Auf die Frage, für wen sie sich in einer hypothetischen Direktwahl des Bürgermeisters entscheiden würden, antworteten 53 Prozent der Befragten mit *Tschentscher*, 30 Prozent mit *Fegebank*.<sup>89</sup> Gefragt, wen sie lieber als Bürgermeister hätten, entschieden sich sogar 57 Prozent für *Tschentscher* und nur 27 Prozent für *Fegebank*. Die Abweichung bei diesen beiden ähnlich scheinenden Fragen könnte auf die höheren Beliebtheitswerte Tschentschers im direkten Profilvergleich zurückzuführen sein: Bei den Sympathiewerten lag der Erste Bürgermeister zehn Punkte vor seiner Herausforderin, hinsichtlich der Glaubwürdigkeit 17 und des Sachverstands 34 Punkte. In der Bewertung der Spitzenkandidaten auf der +5/-5 Skala (halte sehr viel / halte nichts von) lag *Tschentscher* mit sehr guten +2,7 vor *Fegebank* mit guten +1,7. CDU-Spitzenkandidat *Weinberg*, der mit einem Bekanntheitsproblem zu kämpfen hatte, folgte abgeschlagen mit einem Wert von +0,4.<sup>90</sup>

Thematisch wurde die Bürgerschaftswahl in Hamburg eindeutig von der Verkehrspolitik dominiert. Für 62 Prozent der Hamburger zählte sie zu den zwei wichtigsten Problembereichen. Das Aufgabenfeld „Wohnungsmarkt/Mieten“ nannten 39 Prozent, den Bereich „Klima/Umwelt/Energiewende“ 19 Prozent. Auf Platz vier der wichtigsten politischen Probleme folgt mit elf Prozent der Bereich „Schule/Bildung“. In der Verkehrspolitik hatte ein bemerkenswerter Bewusstseinswandel eingesetzt, seitdem die Grünen 2015 verkündeten, Hamburg zur „Fahrrad-Metropole Deutschlands“<sup>91</sup> machen zu wollen: Für zwei Drittel der Hamburger gingen Vorschläge zur Einrichtung autofreier Innenstadtbereiche in die richtige Richtung. Auch dem Bau von Radwegen zulasten von Autofahrspuren wurde mehrheitlich zugestimmt.<sup>92</sup> In der zugeschriebenen verkehrspolitischen Lösungskompetenz konnten die Grünen mit ihren Konzepten im Wahlkampf der SPD erstmals den Rang ablaufen: 36 Prozent schrieben ihnen die höchste Lösungskompetenz zu, nur 24 Prozent der SPD. Im zweitwichtigsten politischen Problemfeld „Wohnungsmarkt/Mieten“ war dagegen der Kompetenzvorsprung der SPD (39) vor Linken (zwölf) und Grünen (zehn Prozent) ungebrochen. Im drittwichtigsten Aufgabenfeld des Klimaschutzes dominierten wie eh und je

<sup>89</sup> Ebenda, <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2020-02-23-LT-DE-HH/umfrage-kandidat.shtml> (Zugriff: 27. Juni 2020).

<sup>90</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 65), S. 18 – 21.

<sup>91</sup> Vgl. *Patrick Horst*, a.a.O. (Fn. 4), S. 523.

<sup>92</sup> Infratest dimap, LänderTREND Hamburg Januar 2020 im Auftrag des NDR, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/hamburg/laendertrend/2020/januar/> (Zugriff: 23. Juni 2020).

die Grünen: 60 Prozent schrieben ihnen die größte Lösungskompetenz auf diesem Politikfeld zu, die SPD kam nur auf 14 Prozent. Auf allen anderen, 2020 weniger bedeutsamen Politikfeldern wurde der SPD die größte Lösungskompetenz attestiert. Das galt auch für die allgemeine „Zukunftskompetenz“, die 37 Prozent der Hamburger bei der SPD, aber immerhin 20 Prozent bei den Grünen verorteten.<sup>93</sup>

Die bemerkenswerten Kompetenzwerte der beiden Regierungsparteien in Hamburg profitierten auch von der positiven Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Lebensverhältnisse. 65 Prozent der Hamburger blickten optimistisch in die Zukunft und sahen die Stadt eher gut vorbereitet auf künftige Herausforderungen. Im Vergleich mit den anderen westdeutschen Bundesländern bewerteten 72 Prozent der Hamburger die wirtschaftliche Lage in ihrem Stadtstaat besser, nur drei Prozent schlechter. Die allgemeine wirtschaftliche Lage in Hamburg bewerteten im Januar 2020 laut Infratest dimap 83 Prozent sehr gut oder gut, nur 14 Prozent weniger gut oder schlecht. Bei den nur drei vorgegebenen Antwortmöglichkeiten der Forschungsgruppe Wahlen schätzten 62 Prozent die allgemeine wirtschaftliche Lage in Hamburg als gut, ein Drittel als teils gut, teils schlecht und vier Prozent als schlecht ein. Mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation waren die Hamburger sogar noch zufriedener: 70 Prozent bewerteten sie als gut, 24 Prozent als teils gut, teils schlecht und nur fünf Prozent als schlecht. Vor dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie in Deutschland blickten die Hamburger mehrheitlich verhalten optimistisch in die wirtschaftliche Zukunft: 22 Prozent erwarteten positive, 57 Prozent keine und 17 Prozent negative Veränderungen.<sup>94</sup>

#### *4. Regierungsbildung und Formierung der Opposition*

Noch am Wahlabend war schnell klar, dass das Wahlergebnis keinen Raum für Koalitionsspekulationen ließ. Zwar hätte die SPD, nachdem das Scheitern der FDP an der Sperrklausel feststand, arithmetisch mit jeder Partei in der Bürgerschaft außer der AfD koalieren können; eine Koalition mit der Linken war jedoch von niemandem gewollt und die Koalition mit dem Wahlverlierer CDU war politisch undenkbar geworden. Bürgermeister *Tschentscher* wiederholte zwar noch am Wahlabend sein Mantra, dass Rot-Grün „die naheliegende Option“ sei, er aber auch mit der CDU reden werde. Die grüne Wahlsiegerin *Katharina Fegebank* brachte die politischen Realitäten jedoch auf den Punkt, als sie sagte: „Es

---

<sup>93</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 65), S. 24 – 27.

<sup>94</sup> Ebenda, S. 27 – 29; Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 89).

gibt einen klaren Wählerauftrag. Alles andere als Rot-Grün mit deutlich stärkeren Grünen würden die Hamburger nicht verstehen.“<sup>95</sup>

So sollte es dann auch kommen – allerdings nicht ohne einige Verzögerungen: Am Tage der Bürgerschaftswahl wurden die beiden ersten Europäer Opfer der Covid-19-Pandemie in Italien. Das erste Sondierungsgespräch der SPD mit den Grünen, vertreten durch Wissenschaftssenatorin *Fegebank*, Parteivorsitzende *Anna Gallina* und Fraktionschef *Anjes Tjarks*, am 28. Februar musste um zwei Stunden verkürzt werden, weil die SPD-Parteivorsitzende *Melanie Leonhard* als Sozialsenatorin in der aktuellen Pandemie-Lage gefordert war. Anfang März begannen in Hamburg die Frühjahrsferien, weshalb sich die Gesprächsführer der SPD – Bürgermeister *Tschentscher*, Parteichefin *Leonhard* und Fraktionschef *Kienscherf* – erst wieder nach einer Woche Urlaub am 9. März zu Sondierungen mit der CDU und danach mit den Grünen trafen. Für die CDU führten die Gespräche Bürgermeisterkandidat *Weinberg*, Parteichef *Heintze*, der designierte Fraktionschef *Dennis Thering* und die neu in die Bürgerschaft gewählte Abgeordnete *Anke Frieling*. Im Anschluss sprach [CDU-Parteichef] *Heintze* von einer „sehr angenehmen Gesprächsatmosphäre“, *Tschentscher* von „großen Gemeinsamkeiten“ zwischen SPD und CDU. Eine Koalition sei eine „denkbare Option“. Noch positiver allerdings fiel das Statement des Bürgermeisters nach den nachmittäglichen Sondierungen mit den Grünen aus: „Es waren sehr konstruktive und aufschlussreiche Gespräche“, sagte *Tschentscher*. „Die rot-grüne Option ist eine sehr naheliegende.“ Am Tag darauf votierte der SPD-Landesvorstand einstimmig für die Aufnahme von Verhandlungen mit den Grünen, die bereits am 26. Februar auf einer Mitgliederversammlung grünes Licht für Koalitionsverhandlungen mit der SPD gegeben hatten.<sup>96</sup>

Nachdem Mitte März mit den zurückkehrenden Skiurlaubern aus Österreich auch das Coronavirus in der Hansestadt angekommen war, wurde der eigentlich für den 16. März anberaumte Auftakt der Koalitionsverhandlungen verschoben. Mit mehr als fünfwöchiger Verspätung wurden die Verhandlungen am 23. April aufgenommen und in 13 inhaltlichen Verhandlungsrunden bis zum 28. Mai abgeschlossen. Für die SPD verhandelten der Bürgermeister, die Parteivorsitzende, ihre Stellvertreter *Inka Damerau*, *Nils Weiland* und *Matthias Bartke* (MdB), der Fraktionsvorsitzende *Kienscherf*, seine Stellvertreterin *Ksenija*

<sup>95</sup> Zit. bei *Peter Ulrich Meyer*, So sehen Sieger aus, in: Hamburger Abendblatt, 24. Februar 2020, S. 1.

<sup>96</sup> Zit. bei *Marc Hasse / Andreas Dey / Peter Ulrich Meyer*, Koalitionsgespräche beginnen nächste Woche, in: Hamburger Abendblatt, 10. März 2020, S. 11. Vgl. ferner *dies.*, SPD: Koalitionsgespräche mit Grünen, in: ebenda, 11. März 2020, S. 1, 11; *Peter Ulrich Meyer / Andreas Dey*, Die ersten Schritte auf dem Weg zu Rot-Grün, in: ebenda, 29. Februar 2020, S. 11; *Marc Hasse*, Grüne: „Jetzt holen wir das meiste raus“, in: ebenda, 27. Februar 2020, S. 12.



*Bekeris* sowie Finanzsenator *Andreas Dressel* als festes Team, das jeweils zu den einzelnen Runden durch Fachpolitiker ergänzt wurde. Die Grünen entsendeten fünf Vertreterinnen – die Zweite Bürgermeisterin, die Parteivorsitzende, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende *Mareike Engels*, die Bundestagsabgeordnete *Anja Hajduk*, Vorstandsmitglied *Emilia Fester* – und fünf Vertreter in die Verhandlungen: den stellvertretenden Landesvorsitzenden *Martin Bill*, den Fraktionsvorsitzenden *Anjes Tjarks*, Justizsenator *Till Steffen*, Umweltsenator *Jens Kerstan* und den parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion *Farid Müller*.<sup>97</sup> Die Ressortverteilung erfolgte über das Pfingstwochenende, am 2. Juni wurde der fertige Koalitionsvertrag der Öffentlichkeit vorgestellt.<sup>98</sup>

*Fegebanks* Prognose vom Wahlabend, dass es zu „Rot-Grün mit deutlich stärkeren Grünen“ kommen würde, hatte sich somit 100 Tage nach der Wahl bewahrheitet – allerdings kamen die Grünen nicht so stark aus den Koalitionsverhandlungen heraus, wie es ihrem Proporz entsprochen hätte.<sup>99</sup> Von den angestrebten fünf Senatorenämtern konnten sie nur vier durchsetzen – das entsprach bei einem Sitzanteil von 38 Prozent in der neugewählten Bürgerschaft nur einem Kabinettsanteil von 33 Prozent. Die Grünen stellten künftig auch nur fünf der 16 Staatsräte – ein Anteil von 31 Prozent.<sup>100</sup> Kompensiert wurden sie allerdings durch die Aufwertung ihrer Behörden. Die Wissenschaftsbehörde *Fegebanks* erhielt aus der Finanzbehörde die Zuständigkeit für Bezirke; der Behörde für Umwelt und Energie *unter Leitung von Senator Kerstan* wurden das Klima und die Landwirtschaft hinzugefügt; die neue grüne Justizministerin *Anna Gallina*, die *Till Steffen* ablöste, erhielt zusätzlich die Verantwortung für den Verbraucherschutz; und *Anjes Tjarks* wurde neuer Senator für Verkehr und „Mobilitätswende“. Damit hatte er das Politikfeld, das im Wahlkampf die Hauptrolle gespielt hatte und vielleicht am meisten positiven Gestaltungsspielraum bot, in seiner Regie.<sup>101</sup>

Die SPD, bisher mit neun Senatoren in der Regierung vertreten, hielt alle Behördenleiter im Amt – mit Ausnahme von Gesundheitssenatorin *Cornelia Prüfer-Storcks*, die ihren Rückzug aus der Politik bereits vor der Wahl angekündigt hatte. Von den acht Senatoren der SPD mussten vor allem Finanzsenator *Dressel* (Bezirke) und Wirtschaftssenator *Michael*

<sup>97</sup> Vgl. *Andreas Dey*, Der neue Senat muss warten, in: Hamburger Abendblatt, 16. März 2020, S. 10; *Peter Ulrich Meyer*, Wer über die Koalition verhandelt, in: ebenda, 12. März 2020, S. 14.

<sup>98</sup> Vgl. *Andreas Dey / Peter Ulrich Meyer / Jens Meyer-Wellmann*, Das ist Hamburgs neuer Senat, in: Hamburger Abendblatt, 2. Juni 2020, S. 1; *dies.*, Koalition steht – wer sich wo durchgesetzt hat, in: ebenda, S. 10.

<sup>99</sup> Vgl. *Eric Linhart / Franz Urban Pappi / Ralf Schmitt*, Die proportionale Ministerienaufteilung in deutschen Koalitionsregierungen: Akzeptierte Norm oder das Ausnutzen strategischer Vorteile? In: PVS, 49. Jg. (2008), H. 1, S. 46 – 67.

<sup>100</sup> Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Staatsrätinnen und Staatsräte, <https://www.hamburg.de/staatsraete/> (Zugriff: 25. Juni 2020).

<sup>101</sup> Vgl. *Andreas Dey*, Der Mann, der die Stadt verändern will, in: Hamburger Abendblatt, 6. Juni 2020, S. 69.

*Westhagemann* (Verkehr) Einbußen beim Ressortzuschnitt hinnehmen. Sie konnten dies jedoch verschmerzen, weil der Finanzsenator in Zeiten der Corona- und anschließenden Wirtschaftskrise der Herr über den „Finanzierungsvorbehalt“ sein würde, mit dem alle neuen Projekte im Koalitionsvertrag belegt wurden, und weil der Wirtschaftssenator die Zuständigkeit für Hafen und Flughafen behielt. Arbeits- und Sozialsenatorin *Leonhard*, „Architektin des rot-grünen Revivals“<sup>102</sup> nach dem harten Wahlkampf, gewann das Amt für Gesundheit hinzu. Die bemerkenswert hohe Kontinuität unter den SPD-Senatoren und die mangelnde Berücksichtigung von Frauen bei der Postenbesetzung begründete der Bürgermeister damit, dass seine amtierende Mannschaft eine „sehr gute Arbeit gemacht“ hätte. In der Corona-Krise brauche er „alle an Bord“ (Tabelle 6).<sup>103</sup>

<b>Tabelle 6: Der neue Hamburger Senat seit dem 10. Juni 2020</b>	
Erster Bürgermeister und Präsident des Senats	Dr. <i>Peter Tschentscher</i> (SPD), 54
Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke	<i>Katharina Fegebank</i> (Grüne), 43
Senator für Finanzen, Mitglied des Bundesrates	Dr. <i>Andreas Dressel</i> (SPD), 45
Senator für Wirtschaft und Innovation	<i>Michael Westhagemann</i> (parteilos), 62
Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration	Dr. <i>Melanie Leonhard</i> (SPD), 42
Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen	Dr. <i>Dorothee Stapelfeldt</i> (SPD), 63
Senator für Verkehr und Mobilitätswende	<i>Anjes Tjarks</i> (Grüne), 39
Senator für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft	<i>Jens Kerstan</i> (Grüne), 54
Senator für Schule und Berufsbildung	<i>Ties Rabe</i> (SPD), 59
Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz	<i>Anna Gallina</i> (Grüne), 36
Senator für Kultur und Medien	Dr. <i>Carsten Brosda</i> (SPD), 45
Senator für Inneres und Sport	<i>Andy Grote</i> (SPD), 51
Quelle: <a href="http://www.hamburg.de/senatoren/">http://www.hamburg.de/senatoren/</a> (Zugriff: 18. Juni 2020).	

Auch in inhaltlicher Hinsicht ging die SPD als Sieger aus den Koalitionsverhandlungen hervor. Alle Punkte, die ihr wichtig waren, setzte sie durch – allen voran den Bau der Hafenuferspanne (A 26-Ost), die Köhlbrandquerung (voraussichtlich durch einen Tunnel) sowie die Unantastbarkeit von Hafen und Flughafen. Für die Sicherung der „Grundfunktionen unserer Stadt“<sup>104</sup> – ein Lieblingswort *Tschentschers*, mit dem er in den Verhandlungen die Nerven der

<sup>102</sup> *Peter Ulrich Meyer*, Eine Architektin des rot-grünen Revivals, in: Hamburger Abendblatt, 30. Mai 2020, S. 12.

<sup>103</sup> Vgl. Zuversichtlich, solidarisch, nachhaltig – Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten. Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90 / Die Grünen, Landesverband Hamburg, Hamburg, 2. Juni 2020, S. 202 – 204. Das *Tschentscher*-Zitat bei *Marc Hasse*, „Der Bürgermeister verliert Frauen aus dem Blick“, in: Hamburger Abendblatt, 4. Juni 2020, S. 12.

<sup>104</sup> Zit. bei *Jens Meyer-Wellmann*, Köhlbrand, Moorburg, Hafenaubahn – die großen Pläne für Hamburg, in: Hamburger Abendblatt, 23. Mai 2020, S. 1.

Grünen strapazierte – würde weiterhin der in der Wirtschaft anerkannte Wirtschaftssenator *Westhagemann* und nicht Verkehrssenator *Tjarks* zuständig sein. Mit dem Ausbau der Schnellbahn, dem Fünf-Minuten-Takt im ÖPNV oder dem kostenlosen HVV-Schülerticket war die SPD ebenfalls in den Verhandlungen erfolgreich. Die Gründe für die Durchschlagskraft der SPD lagen zum einen im Verlauf des Wahlkampfes, den Bürgermeister *Tschentscher* – von einem Kopf-an-Kopf-Rennen ausgehend – am Ende mit haushohem Vorsprung auf Herausforderin *Fegebank* gewann, zum anderen im Einigungsdruck, der durch die Coronakrise erzeugt wurde und vor allem auf die Grünen disziplinierend wirkte. Eine kleine Rolle mag zudem gespielt haben, dass die SPD mit einer rot-schwarzen Koalitionsalternative drohen konnte. Sie erschien zwar wenig realistisch, wurde aber vom neuen CDU-Fraktionschef *Thering* offensiv propagiert.<sup>105</sup> Sie konnte womöglich, aber das ist nur eine Vermutung, wirkungsvoll zur Disziplinierung der Grünen eingesetzt werden, weil die SPD in dieser kleinstmöglichen Koalitionsvariante einen deutlich höheren Gewinn an Ämtern – und vielleicht auch Politikinhalt – hätte erzielen können.

Die zentralen Forderungen der Grünen aus dem Wahlkampf wurden zumeist in einen Kompromiss überführt. So werden die autoarmen Bereiche in Hamburgs Innenstadt nicht so zahlreich sein wie von den Grünen gewünscht. Aus angestrebten 100 Kilometern neuen Radwegen im Jahr wurden 60 bis 80 Kilometer. Und die Klimaneutralität der Stadt soll nicht schon 2035, sondern nur „deutlich vor 2050“ erreicht werden. Zurückgewiesen wurden zudem fast alle innen- und rechtspolitischen Forderungen der Grünen: Das Verummungsverbot bei Demonstrationen wurde nicht aufgehoben, ein unabhängiger Polizeibeauftragter nicht geschaffen, das Schwarzfahren und die Cannabis-Nutzung nicht entkriminalisiert. Allein die Straffreiheit junger Drogen-Delinquenten konnten die Grünen durchsetzen, rannten damit aber bei der SPD offene Türen ein. Am Ende der Koalitionsverhandlungen fiel es den Grünen schwer, eine „Siegtröphäe“<sup>106</sup> zu präsentieren. Der Erhalt des Vollhöfener Waldes oder das Zugeständnis eines jährlichen Verkehrsversuches zur Erprobung von Alternativen zum Autoverkehr, qualifizierten dafür kaum. So ruhten die Hoffnungen der Grünen auf ihrem smarten Verkehrssenator, dass er die Hamburger von der „Mobilitätswende“ begeistern könne, und auf der Zweiten Bürgermeisterin, dass sie die von ihr herausgehandelten jährlichen Ausgabesteigerungen von über drei Prozent für die Hochschulen zum weiteren Ausbau der „Wissenschaftsmetropole“ Hamburg nutzen würde.<sup>107</sup>

<sup>105</sup> Vgl. *Peter Ulrich Meyer*, „Es ist Zeit, eine Koalition der Vernunft zu bilden“, in: *Hamburger Abendblatt*, 25. Mai 2020, S. 10.

<sup>106</sup> So *Elmar Wiesendahl*: „Den Grünen fehlt eine Siegtröphäe“, in: *Hamburger Abendblatt*, 2. Juni 2020, S. 10.

<sup>107</sup> Vgl. *Andreas Dey / Peter Ulrich Meyer / Jens Meyer-Wellmann*, *Koalition steht*, a.a.O. (Fn. 95).

Dem ausgehandelten Koalitionsvertrag mitsamt dem Personaltableau mussten die Parteigliederungen abschließend zustimmen. Das war in Zeiten sozialer Distanzierung während der Coronavirus-Pandemie nicht ohne Fallstricke. Die Grünen stimmten erstmals nicht in einer Mitgliederversammlung über den Koalitionsvertrag ab, sondern nur in ihrem Landesausschuss. Trotz inhaltlicher Kritik an der mangelnden Durchsetzung grüner Positionen, insbesondere seitens der Grünen Jugend, stimmten 30 von 34 Grünen-Delegierten (88 Prozent) dem Koalitionsvertrag zu. Die SPD ließ ihre Delegiertenversammlung online zusammentreten und war im Vorfelde aufgrund der Kritik an der Ressortbesetzung und der schwer abzuschätzenden Stimmung unter den Delegierten etwas nervös. Auch hier gab es am Ende aber eine übergroße Mehrheit von 288 der 312 Delegierten (92 Prozent) für den Koalitionsvertrag. Bei der Senatsbesetzung, über die getrennt abgestimmt wurde, gab es jedoch einen Dämpfer für Bürgermeister *Tschentscher*: Hier stimmten bei 238 Ja-Stimmen und 14 Enthaltungen 60 Delegierte gegen das Personaltableau, was einer Zustimmung von „nur“ 76 Prozent entsprach.<sup>108</sup> Am 10. Juni wurde der Bürgermeister im Großen Festsaal des Rathauses, wohin die Bürgerschaft wegen der Coronakrise umgezogen war, mit allen 87 Stimmen der Koalition gewählt. Für die Bestätigung des Senats stimmten jedoch nur 83 Abgeordnete – vier weniger, als der Koalition angehörten. Seine Regierungserklärung hielt *Tschentscher* am 24. Juni; sie enthielt keine neuen Impulse, die über den Koalitionsvertrag hinausgingen.<sup>109</sup>

Die Opposition fasste trotz Coronakrise relativ schnell Tritt. CDU-Bürgermeisterkandidat *Weinberg* hatte den Einzug in die Bürgerschaft verpasst; für ihn war klar, dass er als Bundestagsabgeordneter in Berlin blieb. Mit der Arbeit des bisherigen Fraktionschefs *André Trepoll* war die Fraktion eigentlich zufrieden gewesen; sie verübelte ihm aber, dass er nicht bereit gewesen war, als Bürgermeisterkandidat anzutreten. Wie *Dietrich Wersich* nach der Wahlniederlage 2015 wurde *Trepoll* ins Amt des Vizepräsidenten der Bürgerschaft befördert. Zu seinem Nachfolger als Chef der größten, wenn auch nur 15 Abgeordnete umfassenden Oppositionsfraktion wurde der ehrgeizige, erst 36-jährige *Dennis Thering* gewählt, der keine Scheu vor einer Bürgermeisterkandidatur zeigte. Die Wahl eines neuen Parteivorsitzenden wurde aufgrund der Coronakrise in den Herbst verschoben. Der CDU-Bundestagsabgeordnete *Christoph Ploß* wurde als aussichtsreicher Kandidat gehandelt.<sup>110</sup> Die beiden kleineren

---

<sup>108</sup> Vgl. *Marc Hasse*, SPD und Grüne regieren weiter, aber..., in: Hamburger Abendblatt, 8. Juni 2020, S: 10.

<sup>109</sup> Vgl. *Peter Ulrich Meyer / Andreas Dey / Marc Hasse*, Der neue rot-grüne Senat im Amt, in: Hamburger Abendblatt, 11. Juni 2020, S.12; Senatskanzlei Hamburg, Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters Dr. Peter Tschentscher, 24. Juni 2020, <https://www.hamburg.de/buergermeisterreden-2020/14004362/2020-06-24-regierungserklaerung/> (Zugriff: 26. Juni 2020).

<sup>110</sup> Vgl. *Jens-Meyer-Wellmann*, Ende der Schonzeit: CDU greift an, in: Hamburger Abendblatt, 4. Mai 2020, S. 12; *Peter Ulrich Meyer*, „Es ist Zeit...“, a.a.O. (Fn. 102).

Koalitionsfraktionen setzten demgegenüber auf Kontinuität: Die Linke einigte sich einstimmig darauf, für die Dauer der Coronakrise, „längstens aber sechs Monate“, die beiden Fraktionsvorsitzenden *Cansu Özdemir* und *Sabine Boeddinghaus* im Amt zu belassen.<sup>111</sup> Ebenfalls einstimmig, jedoch ohne coronabedingte Zeitbeschränkung, wurden *Dirk Nockemann* und *Alexander Wolf* von der AfD in ihren Ämtern als Fraktionsvorsitzende bestätigt.<sup>112</sup> Die fraktionslose FDP-Abgeordnete *Anna von Treuenfels-Frowein* kämpfte derweil um mehr Redezeit- und Antragsrechte.<sup>113</sup>

Auch die Regierungsfractionen wählten ihre Führung neu, ließen sich damit aber etwas mehr Zeit als die Opposition. Die SPD entschied sich für Kontinuität und bestätigte mit 46 von 53 Stimmen *Dirk Kienscherf* im Amt. Bei den Grünen, in deren 33-köpfiger Fraktion 20 Neumitglieder vertreten waren, setzten sich *Jennifer Jasberg* und *Dominik Lorenzen* gegen *Mareike Engels* und *Michael Gwosdz* durch. Von den beiden neugewählten Fraktionsvorsitzenden wurde eine deutlich selbstbewusstere Positionierung gegenüber dem Senat erwartet als von ihren unterlegenen Konkurrenten.<sup>114</sup>

## 5. Zusammenfassung

- (1) Die Ausgangslage vor der Bürgerschaftswahl war für die regierende rot-grüne Koalition überaus günstig. Die wirtschaftliche Situation wurde von den Hamburgern hervorragend bewertet. Mit der Arbeit des Senats und des Ersten Bürgermeisters, die sich auch objektiv sehen lassen konnte, waren die Hamburger mehrheitlich zufrieden. Die Umfrageergebnisse der SPD hatten zwar aufgrund ihrer schwachen Performanz im Bund nachgelassen, wurden jedoch durch das Umfragehoch des kleinen Koalitionspartners kompensiert. Die Grünen hatten zudem die SPD bei den Europa- und Bezirkswahlen im Mai 2019 als stärkste Partei überrundet. Zur Jahreswende 2019/20 erwarteten die Hamburger ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Bürgermeister *Tschentscher* und Herausforderin *Fegebank*, die offen ihren Anspruch auf das Bürgermeisteramt kommunizierte.

---

<sup>111</sup> Linksfraction Hamburg, Vorstandswahl: Linksfraction setzt auf Erfahrung, Pressemitteilung vom 18. März 2020, <https://www.linksfraktion-hamburg.de/vorstandswahl-linksfraktion-setzt-auf-erfahrung/> (Zugriff: 26. Juni 2020).

<sup>112</sup> AfD-Fraktion Hamburg, AfD-Fraktion wählt Doppelspitze mit Nockemann und Wolf, Pressemitteilung vom 18. März 2020, <https://afd-fraktion-hamburg.de/2020/03/18/afd-fraktion-waehlt-doppelspitze-mit-nockemann-und-wolf/> (Zugriff: 26. Juni 2020).

<sup>113</sup> Vgl. *Peter Ulrich Meyer*, Fraktionslose Abgeordnete fordert mehr Rechte, in: Hamburger Abendblatt, 9. Juni 2020, S. 13.

<sup>114</sup> Vgl. *Andreas Dey*, Überraschung bei den Grünen, in: Hamburger Abendblatt, 16. Juni 2020, S. 12.

- (2) Der Wahlkampf wurde wie erwartet vom Zweikampf des Ersten Bürgermeisters mit seiner Stellvertreterin geprägt. *Fegebank* präsentierte sich als mutige Herausforderin, die leidenschaftlich für Klima- und Mobilitätswende eintrat, während der Bürgermeister als sympathischer und ausgleichender Landesvater ins Bild gerückt wurde, der „die ganze Stadt im Blick“ hatte. Als Garant „städtischer Grundfunktionen“ (Hafen, Flughafen, Bau der A 26-Ost und Ausbau des ÖPNVs) machte *Tschentscher* sich für CDU- und FDP-Wähler attraktiv. Für die SPD-Klientel hatte er vor allem das soziale Wohnungsbauprogramm, den Ausbau der Kitas und der Ganztagschulen sowie das künftig kostenfreie HVV-Schülerticket im Angebot. Je intensiver die Themen diskutiert wurden und je näher der Wahltermin rückte, desto stärker konnte sich der Bürgermeister von seiner Herausforderin absetzen.
- (3) Der Vorsprung der SPD vor den Grünen am Wahlabend war dann trotzdem ein Paukenschlag. 39,2 Prozent für die SPD und 15 Punkte Vorsprung auf die Grünen waren für die Sozialdemokraten ein Traumergebnis. Dabei konnte leicht in Vergessenheit geraten, dass die Grünen mit ihrem Ergebnis von 24,2 Prozent – eine Verdoppelung gegenüber 2015 und das zweibeste Ergebnis der Grünen bei einer Landtagswahl in Deutschland überhaupt – die wahren Sieger dieser Wahl waren. Ihr Wahlziel, das Bürgermeisteramt zu erobern, hatten sie jedoch deutlich verfehlt.
- (4) Auch in Berlin gab es einen gefühlten Sieger dieser Bürgerschaftswahl: Vizekanzler *Olaf Scholz*, *Tschentschers* Vorgänger im Amt des Hamburger Bürgermeisters. Nach seiner Niederlage in der innerparteilichen Urwahl zum Parteivorsitzenden galt *Scholz* mit dem Erdrutschsieg der Hamburger rot-grünen Koalition, die er noch bis März 2018 regiert hatte, wieder als Favorit für die Kanzlerkandidatur der SPD bei der kommenden Bundestagswahl.
- (5) Eindeutige Verlierer der Wahl in Hamburg waren CDU, FDP und AfD. Vor allem bei der FDP und in geringem Ausmaß auch bei der CDU schlugen die turbulenten Ereignisse der Regierungsbildung in Thüringen, wo der FDP-Abgeordnete *Thomas Kemmerich* mit den Stimmen von CDU und AfD zum Ministerpräsident gewählt und von den Berliner Parteispitzen wieder zum Rücktritt gedrängt worden war, negativ zu Buche. Das katastrophale Ergebnis der Hamburger CDU hatte aber in erster Linie hausgemachte Ursachen, die im widersprüchlichen Wahlkampf der Partei begründet lagen. Für die Wahl der AfD wirkten sich die Ereignisse in Thüringen sogar eher positiv aus. Das schlechte AfD-Ergebnis war in erster Linie auf die in Hamburg erfolgreiche Ächtung und Stigmatisierung der Partei als rechtsextrem zurückzuführen.

- (6) Obwohl die SPD nach der Wahl auch mit der CDU hätte koalieren können, entschied sie sich für die Neuauflage der in Hamburg beliebten rot-grünen Koalition. Das erste Mal seit 1974 wurde damit eine amtierende Regierungskoalition wiedergewählt – und das auch noch mit einer Zweidrittelmehrheit der Mandate in der Bürgerschaft. Aufgrund der Coronakrise konnten die Koalitionsverhandlungen erst zwei Monate nach der Wahl beginnen. Bis zur Wahl des Bürgermeisters und der Bestätigung des Senats am 10. Juni 2020 nahm die Regierungsbildung 108 Tage in Anspruch.
- (7) Der Senat war auf SPD-Seite durch Kontinuität geprägt. Der Bürgermeister hielt mit Ausnahme der in den Ruhestand gehenden Gesundheitssenatorin alle Senatoren im Amt. Dies brachte ihm heftige Kritik ein, weil unter den acht Senatsmitgliedern der SPD nur zwei Frauen waren. Von den vier grünen Senatoren waren die Parteivorsitzende *Anna Gallina* (Justiz und Verbraucherschutz) und der Fraktionsvorsitzende *Anjes Tjarks* (Verkehr und Mobilitätswende) neu in der Regierung. Die Grünen waren im neuen Senat nicht nur personell unterrepräsentiert, sie mussten auch inhaltlich einige schmerzhaft Kompromisse schließen, die das Bündnis in der Zukunft belasten könnten – zumal aufgrund der Coronakrise und der nicht zu vermeidenden Wirtschaftskrise in ihrem Gefolge alle neuen Projekte unter Finanzierungsvorbehalt standen.

38 Seiten

108.846 Zeichen

89.332 Zeichen ohne Fußnoten